

**Botschaft
zu einem Bundesgesetz über Walderhaltung
und Schutz vor Naturereignissen
(Waldgesetz, WaG)**

vom 29. Juni 1988

Sehr geehrte Herren Präsidenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterbreiten Ihnen den Entwurf zu einem Bundesgesetz über Walderhaltung und Schutz vor Naturereignissen mit dem Antrag auf Zustimmung.

Gleichzeitig beantragen wir Ihnen, folgende parlamentarische Vorstösse abzuschreiben:

- 1964 P 8800 Erneuerung des Waldes (N 4. 3. 64, Leber)
- 1966 P 9395 Waldwirtschaft (N 1. 7. 66, Grandjean)
- 1969 P 10044 Forst- und Holzwirtschaftspolitik (N 12. 3. 69, Grünig)
- 1976 P 76.402 Lärchenwickler. Forschung (N 7. 10. 76, Schutz GR)
- 1980 P 79.498 Lawinenverbauungen. Schutz der Verkehrswege
(N 25. 9. 80, Flepp-Cantieni)
- 1981 P 80.360 Forstpolizei-Gesetz (N/S 1. 6. 81, Houmard)
- 1981 P 81.452 Ulmensterben (N 18. 12. 81, Zwygart)
- 1984 P 84.404 Holzlagerung. Holzfonds (N 22. 6. 84, Fraktion LdU/EVP)
- 1985 M 83.911 Geschädigte Wälder. Sofortmassnahmen
(N 6. 2. 85, Bundi; S 5. 3. 85)
- 1985 P 83.911 Geschädigte Wälder. Sofortmassnahmen (N 6. 2. 85, Bundi)
- 1985 M 83.925 Waldschäden. Massnahmen für die Wald- und Holzwirtschaft
(N 6. 2. 85, Houmard; S 5. 3. 85)
- 1985 P 83.925 Waldschäden. Massnahmen für die Wald- und Holzwirtschaft
(N 6. 2. 85, Houmard)
- 1985 M 84.436 Pflege der Gebirgswälder (S 6. 12. 84, Lauber; N 18. 9. 85)
- 1985 M 84.432 Schutzwälder im Gebirge. Bundeshilfe
(N 22. 3. 85, Schmidhalter; S 19. 12. 85)
- 1985 P 84.509 Forstpolizeigesetz. Revision (N 22. 3. 85, Tschuppert)
- 1985 P 85.931 Waldpflegemassnahmen. Restkosten (S 5. 3. 86, Lauber)
- 1986 P 85.985 Wälder. Bericht über Zwangsnutzungen (N 21. 3. 86, Morf)

- 1986 P 86.946 Sondermassnahmen zugunsten der Forstwirtschaft
(N 19. 12. 86, Künzi)
- 1986 P 86.546 Gebirgswälder. Erschliessung durch Kabel
(N 19. 12. 86, Rebeaud)
- 1987 P 86.130 Forstpolizei und Raumplanung. Koordination
(S 5. 3. 87, Genoud)
- 1987 P 86.133 Waldsterben. Sofortmassnahmen (N 16. 3. 87, Carobbio)
- 1987 P 87.529 Holz- und Waldwirtschaft. Massnahmen
(N 9. 10. 87, Houmard)
- 1987 P 87.587 Treibstoffzollgelder für Lawinenverbauungen und Waldpflege
(S 17. 12. 87, Lauber)

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

29. Juni 1988

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Stich

Der Bundeskanzler: Buser

Übersicht

Das Forstpolizeigesetz von 1902 (FPolG; SR 921.0), das aus der Not der grossflächigen Zerstörung der Wälder und der Naturkatastrophen Ende des letzten Jahrhunderts entstanden ist, enthält zwar eine ganze Reihe wertvoller Bestimmungen, die auch im neuen Gesetz Kernsätze bilden werden, wird aber in andern Bereichen den veränderten Verhältnissen nicht mehr gerecht. Ihnen wurde durch zahlreiche Erlasse auf verschiedenen Rechtsetzungsebenen begegnet, die das Forstrecht insgesamt heute unübersichtlich erscheinen lassen.

Das in den letzten Jahren aufgetretene Waldsterben, der mit zunehmender Ausnützung unseres Lebensraumes wachsende Druck auf den Wald, die sich angesichts sinkender Erträge verschlechternde wirtschaftliche Situation der Forstbetriebe und die erst richtig ins Bewusstsein der Bevölkerung gedungenen Funktionen des Waldes als Schutz vor Naturereignissen, naturnaher Lebensraum und Erholungsgebiet liessen es als geboten erscheinen, das Gesetz einer Totalrevision zu unterziehen. Zunächst im zweiten Paket der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen untergebracht, wurde sie 1985 daraus herausgelöst und gesondert vorangetrieben.

Die breite Verfassungsgrundlage von Artikel 24 der Bundesverfassung (BV), die die Walderhaltung als generelle Aufgabe des Bundes formuliert, erlaubt es, die Gesetzesrevision vorzunehmen, ohne diese Verfassungsgrundlage ändern zu müssen. Die Artikel 24^{sexies} und 24^{septies} BV ergänzen und präzisieren den Auftrag in bezug auf Natur- und Heimatschutz sowie Umweltschutz, während Artikel 31^{bis} BV allgemeine Leitlinien für die auf Artikel 24 BV abgestützte Förderungspolitik und die Grundlage für die Massnahmen der vorsorglichen wirtschaftlichen Landesversorgung abgibt.

Der Entwurf deckt das ganze breite Spektrum von bereits ergriffenen oder noch zu ergreifenden Massnahmen im Wald ab. Er versagt aber notwendigerweise, wenn es um die Abwehr äusserer Einflüsse auf den Wald geht, die ihm Schaden zufügen. Die Bekämpfung solcher Einflüsse, vorab der anhaltend hohen Belastung durch Schadstoffe aus der Luft, ist Gegenstand anderer Erlasse und Massnahmen, ohne die allerdings auch der Einsatz zugunsten des Waldes, gestützt auf dieses Gesetz, letztlich ohne Erfolg bleiben wird.

Die Gesetze, die seit 1902 zum Schutze der Natur und der Umwelt, zur Nutzung unseres Lebensraumes, aber auch zur Verbesserung der Ausbildung oder effizienteren Organisation der Verwaltung erlassen wurden, sind zahlreich. Wesentliche Aufgabe dieses Entwurfes ist es daher, die Bestimmungen verschiedener Erlasse aufeinander abzustimmen und Verfahren, wo möglich zu vereinfachen. Koordinations- und Verfahrensbestimmungen sowie die Kompetenzabgrenzung zu den Kantonen nehmen daher relativ grossen Raum ein.

Zentrale Bedeutung haben aber in erster Linie die materiellen Bestimmungen. Dem Charakter eines Rahmengesetzes entsprechend, beschränken sie sich auf die knappe Regelung grundsätzlicher Fragen, während sie im Rahmen von Mindest-

kriterien den Kantonen breiten Raum zu weiterer Ausgestaltung einräumen. Zu erwähnen sind:

- die Ausdehnung der nach wie vor geltenden quantitativen auf die qualitative Walderhaltung, die die nachhaltige Erhaltung der Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktionen (Waldfunktionen) zum Ziel hat;
- der Waldbegriff, der ein dynamischer bleibt. Wald entsteht überall, wo mit Waldbäumen oder -sträuchern bestockte Flächen geeignet sind, Waldfunktionen auszuüben. Eine Einschränkung können die Kantone zur Abgrenzung des Waldes vom Raumplanungsgesetz-konformen Baugebiet vornehmen;
- das weiterhin geltende Verbot von Rodungen. Ausnahmen werden wie bisher nur sehr zurückhaltend und nur aus wichtigen Gründen gewährt. Auch an der Pflicht zum Realersatz wird im wesentlichen festgehalten;
- die Zugänglichkeit des Waldes, die grundsätzlich unangetastet bleibt, wobei das Befahren mit Motorfahrzeugen eingeschränkt wird;
- die Erhaltung der Waldfunktionen, die in der Regel eine minimale Pflege voraussetzt. Die Bewirtschaftungsgrundsätze (Pflege und Nutzung) werden daher eingehend geregelt;
- die Erhaltung einer leistungsfähigen Forstwirtschaft, ohne welche die Bewirtschaftung nicht gewährleistet werden kann. Wo von Forstbetrieben oder Waldbesitzern Leistungen mit ungenügender Kostendeckung zu erbringen sind, sind diese durch Bundesbeiträge zu unterstützen;
- Ausbildungsaufgaben, denn Forstdienst und Forstwirtschaft brauchen auf allen Ausbildungsstufen gut ausgebildetes Forstpersonal;
- die gravierenden Folgen von Widerhandlungen gegen das Waldgesetz, die gegenüber dem durch die Inflation entwerteten Strafraumen des geltenden Rechts verschärfte Strafen erfordern.

Der Entwurf richtet sich bei der Unterscheidung von Abgeltung und Finanzhilfen nach dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen (BBl 1987 I 369). Formell nicht aufgenommen ist eine integrale Abgeltung gemeinschaftlicher Leistungen des Waldes. Diese wird indessen durch die sehr weit gehende finanzielle Unterstützung waldbaulicher Eingriffe im Wald leistungsbezogen faktisch erreicht.

Botschaft

1 Allgemeiner Teil

11 Ausgangslage und Vorarbeiten

111 Das Forstpolizeigesetz von 1902

Die heutige Waldverteilung und Landschaftsstruktur wurden weitgehend durch den Siedlungsbau und die intensive Rodungstätigkeit im Mittelalter geprägt. Der Wald war über Jahrhunderte eine absolut lebensnotwendige Rohstoff- und Nahrungsquelle. Bevölkerungswachstum, Glas- und Erzhütten sowie andere Ursachen führten dazu, dass bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Wälder der Schweiz grösstenteils ausgeplündert wurden. Schwere Naturkatastrophen, ausgelöst durch die grossflächige Waldzerstörung, bereiteten dann den Weg für das erste Eidgenössische Forstgesetz vor.

Am 24. März 1876 wurde das erste Bundesgesetz über die Forstpolizei im Hochgebirge in Kraft gesetzt. Dieses ursprünglich auf die Gebirgskantone beschränkte Bundesgesetz wurde mit Bundesbeschluss vom 15. April 1898 auf das gesamte Gebiet der Eidgenossenschaft ausgedehnt, nachdem erkannt worden war, dass sich die Probleme (Hochwasser, Erosion usw.) nicht auf das Gebirge beschränkten. Dieses Gesetz bildete, zusammen mit dem in der Abstimmung vom 11. Juli 1897 von Volk und Ständen angenommenen Artikel 24 BV, die Grundlage für den Erlass des Forstpolizeigesetzes von 1902 (FPolG; SR 921.0), das mit dieser Vorlage revidiert werden soll.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde das Forstpolizeigesetz verschiedenen Teilrevisionen unterzogen. Sie wurden notwendig wegen der stark geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse in den Nachkriegsjahren, die sich durch eine starke bauliche Tätigkeit und eine Zunahme des Tourismus auszeichneten, sowie wegen der steigenden Anforderungen, die die Öffentlichkeit insbesondere bezüglich des Schutzes vor Naturgefahren an den Wald stellte.

In den frühen sechziger Jahren wurde die Vollziehungsverordnung zum Forstpolizeigesetz total revidiert. Mit der Revision wurden wesentliche Bereiche, so insbesondere die Forstpolizei neu geregelt. Der Begriff «Wald» wurde erstmals definiert.

So sehr diese Revision der Verordnung zu begrüßen war, so wenig vermochte die Regelung wesentlicher Fragen auf der Stufe der Verordnung zu befriedigen. Dennoch bildet die Verordnung vom 1. Oktober 1965 (SR 921.01) zusammen mit dem Forstpolizeigesetz die Grundlage für die Totalrevision des geltenden Rechts.

112 Grundlagen für eine Gesetzesrevision

Im Jahre 1971 beauftragte der Bundesrat eine Expertengruppe unter der Leitung von Prof. Dr. J. Steinlin mit der Erarbeitung einer «Gesamtkonzeption für eine schweizerische Wald- und Holzwirtschaftspolitik». Die Expertengruppe

legte diese Gesamtkonzeption 1975 vor. Als wichtigste Massnahmen, Richtlinien und Empfehlungen wurden darin vorgeschlagen:

- Weiterführung der bisherigen Walderhaltungspolitik durch restriktive Erteilung von Rodungsbewilligungen mit der Pflicht zur Ersatzaufforstung sowie vollständige Abschöpfung des Mehrwertes gerodeter Flächen;
- Bewilligungspflicht für Neuaufforstungen;
- Einführung einer allgemeinen Bewirtschaftungspflicht für Waldbesitzer;
- Massnahmen zum Schutz der Waldwirtschaft im Falle von Naturkatastrophen oder bei handels- und währungspolitischen Störungen im Rahmen der internationalen Verträge;
- Massnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Forstbetriebe, vor allem durch verstärkte staatliche Hilfe für Strukturverbesserungen;
- Verbesserung der statistischen Unterlagen, insbesondere die Durchführung eines umfassenden Landesforstinventares;
- Stärkung der Holz- und Holzproduktforschung;
- Schaffung eines Forums für Holz.

Verschiedene politische und forstliche Gremien, wie die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren und die Kantonsoberförsterkonferenz, setzten sich intensiv mit dieser Gesamtkonzeption für eine schweizerische Wald- und Holzwirtschaftspolitik auseinander und formulierten ihrerseits Vorschläge für eine zukünftige Forstpolitik und damit Grundsätze für eine Gesetzesrevision.

Im Jahre 1978 setzte Bundesrat Hürlimann eine Kommission ein, mit dem Auftrag, die Revision des eidgenössischen Forstrechtes vorzubereiten. Diese Kommission setzte sich zusammen aus Parlamentariern und Forstdirektoren und wurde vom damaligen Präsidenten des Schweizerischen Verbandes für Waldwirtschaft, Nationalrat Rippstein, geleitet. Das Ergebnis der Arbeiten der Kommission kann in folgende zehn Thesen zusammengefasst werden:

- These 1: Sicherstellung einer minimalen Waldbewirtschaftung;
- These 2: Förderung von waldbaulichen Massnahmen;
- These 3: Statistische Erhebungen in der Wald- und Holzwirtschaft;
Förderung der Forschung;
- These 4: Massnahmen bei Waldkatastrophen;
- These 5: Förderung von Zusammenschlüssen zur gemeinsamen Bewirtschaftung;
- These 6: Verbot von Giftstoffen und Dünger im Wald;
- These 7: Regulierung der Wildbestände;
- These 8: Verbot von Motorfahrzeugen im Wald;
- These 9: Gebührenregelung für forstliche Bewilligungen;
- These 10: Information über den Wald.

113 Vorarbeiten zur Revision

Mit den Vorschlägen der «Kommission Rippstein» wurde die Revision des Forstpolizeigesetzes als Geschäft zweiter Priorität in die Richtlinien der Regierungspolitik 1979–1983 aufgenommen. Im Jahre 1984 wurde der Bereich Forstwirtschaft von der Studienkommission in das zweite Paket von Vorschlägen zur

Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen aufgenommen und in die Vernehmlassung geschickt. Parlamentarische Vorstösse führten dazu, dass die Revision 1985 aus dem zweiten Paket der Aufgabenteilung herausgelöst wurde. Mitte 1986 ermächtigte der Bundesrat das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) den Vorentwurf eines Waldgesetzes den Kantonen, politischen Parteien und interessierten Organisationen zur Vernehmlassung zu unterbreiten. Im Sommer 1987 nahm er vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über den Vorentwurf Kenntnis und beauftragte das EDI, Gesetzesentwurf und Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte auszuarbeiten.

12 Walderhaltung als Staatsaufgabe

121 Das öffentliche Interesse

Die seit Jahren stark zunehmende anthropogene Belastung der Umwelt und insbesondere der Luft führt in weiten Teilen Europas zunehmend zu Waldschäden. In der Schweiz werden seit 1983 in unterschiedlicher Stärke vermehrt neuartige Waldschäden beobachtet.

Die Ergebnisse der Sanasilva-Waldschadeninventuren 1985–1987 zeigen, dass der Anteil geschädigter Bäume in der Schweiz von 36 Prozent (1985) über 50 Prozent (1986) auf 56 Prozent im Jahre 1987 zugenommen hat. Die Schadenzunahme war in den Alpen am grössten, wobei die Alpensüdseite den weitaus grössten Schadenanteil ausweist. Berichte aus mehreren Kantonen und die Auswertungen von Infrarotluftbildern zeigen deutlich, dass kleine flächenhafte Zusammenbrüche von Bergwäldern bereits Tatsache sind. Die Überlagerung des durch Luftschadstoffe wesentlich mitverursachten Waldsterbens auf die ohnehin schweren Lebensbedingungen des Bergwaldes zeigt ernste Auswirkungen. Die geschwächten Bäume werden nachgewiesenermassen vermehrt durch Krankheiten und Schädlinge befallen und gehen zusätzlich daran ein. In den Jahren 1984–1987 traten in schweizerischen Wäldern überdurchschnittlich viele Infektionskrankheiten auf, welche besonders im Gebirge zu hohen Zwangsnutzungen führten.

Diese Waldschäden bedrohen den Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft in der langfristigen Erfüllung seiner vielfältigen Aufgaben (Waldfunktionen), gefährden die Existenz zahlreicher Forstbetriebe und stellen selbst die Walderhaltung in Frage. Sie können zusammen mit den naturbedingten Gefahren das seit der Jahrhundertwende Erreichte gefährden. Die gezwungenermassen einseitige Ausrichtung der Waldpflege auf die Eindämmung von Schäden und Zwangsnutzungen lässt eine wesentliche Einschränkung der Waldpflege nach waldbaulichen Prinzipien befürchten. Die Strukturen der Waldbestände werden dadurch langfristig gestört, so dass vor allem im Gebirge die Schutzfunktion des Waldes in Frage gestellt werden muss. Da die Bewohnbarkeit ganzer Talschaften und unseres Landes schlechthin in hohem Masse von der Schutzerfüllung des Waldes abhängt, kommt der Walderhaltung eine existenzielle Bedeutung zu.

Daneben trägt die Waldwirtschaft die grosse Verantwortung für unseren beinahe einzigen erneuerbaren, einheimischen Rohstoff Holz, der zudem kaum Entsorgungsprobleme liefert. Sie beschäftigt 20 000 Personen in etwas mehr als

3000 öffentlichen Forstbetrieben, die Mehrheit davon teilzeitlich. Alljährlich gelangen über 4 Millionen m³ Holz auf den Schweizer Holzmarkt, welche zum grossen Teil von der Holzwirtschaft übernommen und verarbeitet werden, um als Halb- oder Fertigfabrikate Verwendung zu finden. Die Holzwirtschaft ihrerseits beschäftigt über 80 000 Arbeitnehmer in rund 11 000 Betrieben. Diese zwei Wirtschaftszweige, welche für die Versorgung des Landes mit Holz in normalen und Krisenzeiten verantwortlich sind, bilden einen wichtigen Bestandteil unserer Volkswirtschaft.

Die Beeinträchtigung einer qualitativen Walderhaltung, bedingt durch die Auswirkungen des Waldsterbens, sowie das immer weiter auseinanderklaffende Verhältnis zwischen Aufwand und Holzerlös bringt die Forstbetriebe in eine bedrohlich defizitäre Lage, so dass die Ausübung ihrer wichtigsten Aufgaben, der Förderung der Lebenskraft des Waldes und seiner Schutz- und Wohlfahrtswirkungen, nicht mehr sichergestellt ist. Diese Entwicklung ist staatspolitisch bedenklich. Die Erhaltung aller wichtigen Waldfunktionen, vorab der Schutzfunktion, hat nationale Bedeutung und kann nicht mehr den Waldbesitzern allein überbürdet werden.

Der Wald spielt ferner, entsprechend seinem grossen Anteil an der Gesamtfläche unseres Landes (27 %), in den Bereichen Natur-, Landschafts- und Umweltschutz eine wichtige Rolle. Durch seine Ausdehnung und räumliche Verteilung, die durch eine strenge Rodungspraxis geschützt werden, prägt er das schweizerische Landschaftsbild. Er bietet einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt den notwendigen Lebensraum und ist für den erholungssuchenden Menschen, als Oase in einer technisierten Welt, von grosser Bedeutung. Eine äusserst restriktive Anwendung von Chemikalien und Dünger im Wald gewährleistet ferner nicht nur die Erhaltung von qualitativ hochwertigem Trinkwasser, sondern die Erhaltung von Waldqualität im ökologischen Sinne schlechthin.

Diese Wohlfahrtswirkungen lassen sich nicht messen. Es sind immaterielle Leistungen, die ein gesunder Wald allein durch seine Existenz und Erscheinung erbringt. Nutzniesser dieser immateriellen Wirkungen ist der Mensch landesweit. Auch deshalb ist die Walderhaltung eine Staatsaufgabe.

122 Der Verfassungsauftrag

Der Entwurf zu einem Waldgesetz stützt sich auf die Artikel 24, 24^{sexies}, 24^{septies} sowie 31^{bis} der Bundesverfassung ab. Die für das Gesetz massgebenden Bestimmungen der Verfassung lauten:

Art. 24

¹ Der Bund hat das Recht der Oberaufsicht über die Wasserbau- und Forstpolizei.

² Er wird die Korrektion und Verbauung der Wildwasser sowie die Aufforstung ihrer Quellgebiete unterstützen und die nötigen schützenden Bestimmungen zur Erhaltung dieser Werke und der schon vorhandenen Waldungen aufstellen.

Art. 24^{sexies}

¹ Der Natur- und Heimatschutz ist Sache der Kantone.

² Der Bund hat in Erfüllung seiner Aufgaben das heimatliche Landschafts- und Ortsbild, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler zu schonen und, wo das allgemeine Interesse überwiegt, ungeschmälert zu erhalten.

³ Der Bund kann Bestrebungen des Natur- und Heimatschutzes durch Beiträge unterstützen sowie Naturreservate, geschichtliche Stätten und Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung vertraglich oder auf dem Wege der Enteignung erwerben oder sichern.

⁴ Er ist befugt, Bestimmungen zum Schutze der Tier- und Pflanzenwelt zu erlassen.

⁵ Moore und Moorlandschaften von besonderer Schönheit und von nationaler Bedeutung sind Schutzobjekte. Es dürfen darin weder Anlagen gebaut noch Bodenveränderungen irgendwelcher Art vorgenommen werden. Ausgenommen sind Einrichtungen, die der Aufrechterhaltung des Schutzzweckes und der bisherigen landwirtschaftlichen Nutzung dienen.

Art. 24^{septies} Abs. 1

¹ Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen. Er bekämpft insbesondere die Luftverunreinigung und den Lärm.

Art. 31^{bis}

¹ Der Bund trifft im Rahmen seiner verfassungsmässigen Befugnisse die zur Mehrung der Wohlfahrt des Volkes und zur wirtschaftlichen Sicherung der Bürger geeigneten Massnahmen.

² Unter Wahrung der allgemeinen Interessen der schweizerischen Gesamtwirtschaft kann der Bund Vorschriften erlassen über die Ausübung von Handel und Gewerben und Massnahmen treffen zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige oder Berufe. Er ist dabei, unter Vorbehalt von Absatz 3, an den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit gebunden.

³ Wenn das Gesamtinteresse es rechtfertigt, ist der Bund befugt, nötigenfalls in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit, Vorschriften zu erlassen:

- a. zur Erhaltung wichtiger, in ihren Existenzgrundlagen gefährdeter Wirtschaftszweige oder Berufe sowie zur Förderung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Selbständigerwerbenden in solchen Wirtschaftszweigen oder Berufen;
- b. zur Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und einer leistungsfähigen Landwirtschaft sowie zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes;
- c. zum Schutze wirtschaftlich bedrohter Landesteile;
- d. gegen volkswirtschaftlich oder sozial schädliche Auswirkungen von Kartellen und ähnlichen Organisationen;
- e. über vorsorgliche Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung und auch über Massnahmen zur Sicherstellung der Landesversorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen bei schweren Mangelagen, denen die Wirtschaft nicht selber begegnen kann.

Schon das erste Bundesgesetz von 1876 und das danach erlassene Forstpolizeigesetz von 1902 stützen sich auf Artikel 24 BV ab. Dieser Artikel überträgt die Oberaufsicht über die Forstpolizei und damit die Verantwortung für den Wald dem Bund. Nach den kahlschlagbedingten Verwüstungen um die Jahrhundertwende, hatten Bund und Kantone zunächst die zerstörten Wäldungen wiederherzustellen. Eine konsequente, auf die flächenmässige Erhaltung des Waldes ausgerichtete Politik ermöglichte es in den letzten hundert Jahren, den Wald soweit wiederherzustellen, dass er in weiten Teilen des Landes Schutz vor Natur-

gefahren bietet. Das Waldgesetz nimmt in den forstpolizeilichen Bestimmungen den Verfassungsauftrag und diese Politik auf und führt sie weiter.

Artikel 24 BV beinhaltet aber auch bereits die Grundlage für eine Ausdehnung der quantitativen Walderhaltung auf die qualitative Komponente. Diese hat im Verlaufe der letzten vierzig Jahre durch die Ergänzung der Bundesverfassung unter anderem mit den Artikeln 24^{sexies} (1962 und 1987), 24^{septies} (1971) und 31^{bis} (1947) eine wesentliche Ausweitung und Konkretisierung erfahren. In Artikel 24^{sexies} wird der Bund beauftragt, das heimatliche Landschafts- und Ortsbild ungeschmälert zu erhalten sowie Bestimmungen zum Schutze der Tier- und Pflanzenwelt zu erlassen. Der Wald als Ökosystem, Beziehungsgefüge einer Vielzahl von Lebewesen und als Teil unserer Landschaft, ist Gegenstand dieses Verfassungsauftrags. Gestützt auf Artikel 24^{septies} kann der Bund Vorschriften zum Schutze der natürlichen Umwelt erlassen. Als Teil unserer natürlichen Umwelt steht auch der Wald unter diesem Schutzauftrag, was in neuester Zeit angesichts der zunehmenden Waldschäden an Aktualität und Bedeutung gewonnen hat. Damit der umfassende Auftrag der Verfassung zu einer quantitativen und qualitativen Erhaltung unseres Waldes erfüllt werden kann, sind die Massnahmen, die diesbezüglich zu treffen sind, auch finanziell zu unterstützen. Diese Massnahmen müssen, auch wenn sie sich von ihrer nicht wirtschaftspolitischen Zielsetzung her nicht darauf abstützen, in Einklang mit Artikel 31^{bis} BV stehen.

Hingegen ist Artikel 31^{bis} BV die Verfassungsgrundlage für die vorsorglichen Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung, die der Bund zu treffen befugt ist, wenn es um die Sicherung unseres einheimischen Rohstoffes Holz und der Holzproduktion bei schweren Mangellagen geht.

Indem die Bundesverfassung dem Bund die Oberaufsicht über die Forstpolizei überträgt, legt sie auch die Verantwortung für den Wald in die Hände des Bundes. Diesem Grundsatz muss der Gesetzgeber – auch wenn das Gesetz als Rahmengesetz ausgestaltet ist – Rechnung tragen. Was für die Walderhaltung entscheidend ist, ist daher grundsätzlich im Gesetz zu regeln. Der Gesetzesentwurf übernimmt die wesentlichen Inhalte des geltenden Forstpolizeigesetzes. Dabei werden dem Bund keine Kompetenzen eingeräumt, die über den im geltenden Gesetz abgesteckten Rahmen hinausgehen. Er setzt Rahmenbedingungen lediglich soweit, als dies für die Walderhaltung erforderlich ist.

123 Zur Notwendigkeit einer Gesetzesrevision

Die Schweiz wurde häufig um ihr wirkungsvolles Forstpolizeigesetz beneidet. Dieses wird in unserem Lande nicht nur als eines der ältesten, sondern nach wie vor als eines der wirksamsten Gesetze zum Schutz des Lebensraumes gepriesen. Nicht zuletzt dieses hohen Stellenwertes wegen sind verschiedene Versuche, die seit den sechziger Jahren zur Revision des Forstpolizeigesetzes unternommen wurden, gescheitert. Erst die Erscheinung des Waldsterbens sowie die in neuerer Zeit erworbenen, vertieften Erkenntnisse über die komplexen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Natur, Umwelt, Wirtschaft und gesellschaftlicher Wohlfahrt haben den Revisionsbestrebungen zum politischen Durchbruch verholfen.

Das Forstpolizeigesetz von 1902 bildet die rechtliche Grundlage für die quantitative Walderhaltung. Obwohl dieses Gesetz noch heute eine griffige Rechtsgrundlage darstellt, muss der Verschiebung der Gewichte von der quantitativen zur qualitativen Walderhaltung grössere Beachtung geschenkt werden. Während es bei der quantitativen Walderhaltung um die flächenmässige Erhaltung von Wald sowie die nachhaltige Erhaltung der Holzsubstanz (Gleichgewicht von Nutzung und Zuwachs) geht, greift der Begriff der qualitativen Walderhaltung weit über diese Grundsätze hinaus. Ihm zufolge ist der Wald als Ökosystem mit einer vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt, als Landschaftselement mit einer dezentralen räumlichen Verteilung und als Spender von Schutz- und Wohlfahrtswirkungen zu erhalten. Diese Grundsätze werden im neuen Gesetz aufeinander abgestimmt und zusammengefasst, während sie im alten auf verschiedenen Gesetzesebenen wie Gesetz, Bundesbeschlüsse, Verordnungen und Richtlinien verstreut sind.

Die Sicherstellung der quantitativen und qualitativen Walderhaltung setzt voraus, dass die Forstbetriebe in ihrer Existenz gesichert sind. Das anhaltende Auseinanderklaffen von Aufwand und Ertrag sowie die langfristige Minderung der Wuchskraft, bedingt durch das Waldsterben, und als Folge den vorzeitigen Abtrieb, führt die Forstbetriebe in immer grösser werdende Defizite. Weder die rechtlichen Grundlagen noch die finanziellen Mittel reichen heute aus, um die Existenzsicherung der Forstbetriebe und die für die Sicherstellung der Waldfunktionen notwendige Pflege zu gewährleisten. Das neue Waldgesetz verlangt daher nach mehr Bundesmitteln und hebt die Beitragssätze an.

Zentrale Bestimmungen, denen Gesetzesrang zukommt, finden sich heute in der Verordnung zum Forstpolizeigesetz. So der Waldbegriff, die Rodungskompetenzen, die Regelung der forstliche Aus- und Weiterbildung und die Forstorganisation, um nur die wichtigsten zu nennen. Sie sollen nun im Gesetz geregelt werden.

Seit Inkrafttreten des Forstpolizeigesetzes von 1902 und der Verordnung von 1965 sind zahlreiche neue Gesetze in Kraft getreten, an die das geltende Forstpolizeirecht oft nur ungenügend angepasst wurde. Die unüberhörbaren Forderungen nach Koordination mit den Bundesgesetzen über Umweltschutz (USG), Raumplanung (RPG), Natur- und Heimatschutz (NHG), die Berufsbildung (BBG) sowie dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltung (SUG) sind daher ein weiterer Grund für eine Revision.

Die Erhaltung naturnaher Wälder ist andererseits in den letzten Jahren vor allem durch Immissionen aus der Luft grundsätzlich in Frage gestellt worden (Waldsterben). Das Problem des schadstoffbedingten Waldsterbens vermag indessen – und dies sei mit aller Deutlichkeit gesagt – das neue Waldgesetz ebensowenig zu lösen, wie das geltende. Die unbedingt erforderliche drastische Reduktion der Luftschadstoffe kann nur über die Umweltschutzgesetzgebung realisiert werden. Der waldseitige Kampf gegen das Waldsterben bleibt eine Bekämpfung von Symptomen.

13 Übersicht der wichtigsten Bestimmungen im geltenden (FPoIG) und im neuen Recht (WaG)

In einer im Anhang zu dieser Botschaft enthaltenen Übersicht wird aufgezeigt, was aus dem geltenden Recht übernommen, worauf verzichtet und was neu geschaffen wird.

14 Ergebnisse der Vernehmlassungsverfahren

Zum Regelungsbereich Wald wurden sukzessive zwei Vernehmlassungsverfahren durchgeführt, eines im Rahmen des zweiten Paketes von Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen und ein zweites, nach Herauslösung aus diesem Paket zum Vorentwurf zu einem Waldgesetz.

141 Vernehmlassungsergebnisse zum zweiten Paket von Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen, Teilbereich Forstwirtschaft

Die Ende September 1985 abgeschlossene Vernehmlassung zu den Vorschlägen der vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingesetzten Studienkommission zur Erarbeitung der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen brachte folgende Ergebnisse:

- a. die Mehrheit der Kantone, Verbände und übrigen Organisationen stimmte den Vorschlägen der eingesetzten Studienkommission in folgenden Punkten zu:
 - Aufhebung der Unterscheidung zwischen Schutz- und Nichtschutzwald,
 - Harmonisierung der Normen zwischen privatem und öffentlichem Wald,
 - Beibehaltung der Rodungskompetenz des Bundes, jedoch Erweiterung der an die Kantone delegierten Kompetenz,
 - Unterstützung des Bundes dort, wo die Walderhaltung und die Waldfunktionen es erfordern;
- b. die Mehrheit der Kantone, Verbände und übrigen Organisationen lehnte die Vorschläge der Studienkommission in folgenden Punkten ab:
 - der Bund soll nur ökologische Aufgaben wahrnehmen,
 - die Ausbildung des Forstpersonals sei Sache der Kantone;
- c. die Fragen der Studienkommission wurden von der Mehrheit wie folgt beantwortet:
 - Auch im Privatwald soll eine minimale Bewirtschaftungspflicht eingeführt werden,
 - Es sollen dauernd (d. h. im Budget vorzusehende) Beiträge an Pflege und Nutzung ausgerichtet werden,
 - Die Walddefinition soll im Bundesrecht im Sinne einer Mindestvorschrift formuliert werden,
 - Zur Förderung des Holzabsatzes und der Holzverwendung soll der Selbsthilfefonds (SHF) aufgestockt werden;

- d. die Kantone, Verbände und übrigen Organisationen brachten eine Reihe weiterer Revisionspostulate ein, welche bei der Gesetzesrevision soweit möglich zu berücksichtigen seien:
- Regulierung der Wildbestände,
 - Einschränkung der Belastung des Waldes durch Massenveranstaltungen,
 - Bewilligung für freiwillige Aufforstungen,
 - Regelung des Motorfahrzeugverkehrs auf Waldstrassen,
 - Reit- und Fahrverbot im Wald,
 - Verschärfung der Waldabstandsvorschriften,
 - Vorschriften über die Haftung bei Bauten in Waldesnähe,
 - Vorschriften über Bauten im Wald,
 - Mehrwertabschöpfung,
 - Verschärfung der Strafbestimmungen,
 - Mitfinanzierung der Forsteinrichtung durch die öffentliche Hand,
 - Anerkennung des natürlichen Einwuchses als Realersatz für Rodungen,
 - Regelung und Erhaltung der Weidwälder.

142 **Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens über den Vorentwurf zu einem Waldgesetz**

Von den zur Vernehmlassung eingeladenen Kantonen, Parteien und Verbänden sowie von weiteren Interessierten gingen bis Ende 1986 216 Vernehmlassungen ein. Die Ergebnisse der Vernehmlassung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die *Kantone* wünschten im allgemeinen mehr Kompetenzen im forstpolizeilichen Bereich und damit einen möglichst breiten Spielraum für die kantonale Gesetzgebung. Ferner verlangten sie, dass sich der Bund verpflichtend finanziell engagiert, und Schutz- und Wohlfahrtsleistungen des Waldes abgegolten werden.
- Die *politischen Parteien* waren in ihren Aussagen sehr heterogen, verlangten aber mehrheitlich, dass zwischen Finanzhilfen für freiwillige und Abgeltung für obligatorische Leistungen unterschieden werde.
- Die *Verbände der Waldwirtschaft* sprachen sich allgemein gegen die Einführung einer undifferenzierten Pflicht zur Pflege und Nutzung aus. Sie forderten Finanzhilfen für freiwillig erbrachte und Abgeltung von obligatorischen Leistungen. Nach ihrer Meinung war der Vorentwurf zu einem Waldgesetz etwas zu zentralistisch.
- Die *Verbände der Holzwirtschaft* befürworteten nachdrücklich die Einführung einer allgemeinen Bewirtschaftungspflicht und schlugen produktionsfördernde Finanzhilfen vor. Sie vermissten teilweise ein ganzheitliches Wirtschaftsdenken, das vorab die ausdrückliche Erhaltung und Förderung der Produktionskraft des Waldes betont. Es sollen dafür in Zukunft vermehrt grossflächigere und rationellere Nutzungen ermöglicht werden.
- Die *Verbände der Landwirtschaft* warfen dem Entwurf vor, er berücksichtige die Anliegen des Berggebietes zu wenig. Ferner sei eine Unterscheidung zwischen Privatwald und öffentlichem Wald in einigen Bereichen absolut not-

wendig. Auch sie sprachen sich für eine Unterscheidung zwischen Finanzhilfe und Abgeltung aus.

- Die *Verbände des Naturschutzes und der Ökologie* sahen im Waldgesetz ein «Wirtschaftsförderungsgesetz». Sie bemängelten das Fehlen eines ganzheitlichen, ökologischen Denkens, vorab das ausdrückliche Fehlen der Naturschutz- und Landschaftsschutzfunktionen in einigen Artikeln des Entwurfes. Sie verlangten Bundesbeiträge für den Verzicht auf Nutzung landschaftlich wertvoller Gebiete und lehnten eine allgemeine, undifferenzierte Einführung der Bewirtschaftungspflicht kategorisch ab. Die meisten Vertreter dieser Gruppe bemängelten ebenfalls das Fehlen eines Verbotes für die Verwendung von Pestiziden und Dünger im Wald.
- Auch die Vertreter der *Gruppe Wild und Jagd* beanstandeten, der Entwurf trage den Zielen der Erhaltung einer einheimischen Fauna und Flora zu wenig Rechnung. Die Regelung des Wildbestandes sei zudem nicht Sache des Waldgesetzes, da ja dieses Problem bereits im neuen Jagdgesetz befriedigend gelöst sei. Ferner sei die Anwendung von Giftstoffen und Dünger im Wald unbedingt im Waldgesetz zu regeln.
- Verschiedene *weitere Interessengruppen* vertraten unterschiedliche Ansichten:
 1. die Stellungnahmen der *Wirtschaftsverbände* entsprachen weitgehend denjenigen der Holzwirtschaft;
 2. die *Sportverbände* wiesen mit Nachdruck darauf hin, dass dem Wald als Raum für den Ausgleichs- und Breitensport eine sehr grosse Bedeutung zukomme, und deshalb die Zugänglichkeit entsprechend zu regeln sei;
 3. in den übrigen Stellungnahmen wurden die gleichen Anliegen wie von den Verbänden des Naturschutzes und der Ökologie vertreten.

Die Übernahme der bewährten Grundsätze des bisherigen Rechts in den Vorentwurf wurde von fast allen Vernehmlassern begrüsst. Nachfolgende Bereiche waren dagegen nach dem Ergebnis der Vernehmlassung zu überarbeiten:

- *Kompetenzausscheidung Bund/Kantone.* Das Waldgesetz sollte als Rahmengesetz nur Grundsätze festhalten und die Regelung von Einzelheiten den Kantonen überlassen. Die Regelungsdichte wurde in verschiedenen Punkten insbesondere wegen des Vorbehaltes, das Nähere auf dem Verordnungswege zu bestimmen, als zu gross, bzw. der Entwurf als zu zentralistisch empfunden. Dem wurde insofern weitgehend Rechnung getragen, als Mindestkriterien ins Gesetz selbst aufgenommen und auf den Verordnungsvorbehalt verzichtet wurde.
- *Harmonisierung der Normen.* Auch wenn die Angleichung der auf den öffentlichen und privaten Wald anwendbaren Bestimmungen begrüsst wurde, zeigte sich, dass eine Differenzierung bei der Teilung und Veräusserung von Wald nötig war (Art. 28).
- *Wald und Umwelt.* Stark kritisiert wurde, dass dem Entwurf ein ganzheitliches ökologisches Denken abgehe und die Funktionen, die der Wald in der Natur erfülle, zu wenig berücksichtigt wurden. Der Entwurf wurde daher diesbezüglich überarbeitet und Forderungen nach Förderung des naturnahen Waldbaues, nach Regelung der Grundlagen für die Schaffung von Naturre-

servaten sowie nach besserer Regelung des Wildbestandes wurden aufgenommen.

- *Waldbegriff*. Entsprechend den überwiegend positiven Stellungnahmen wurde am dynamischen Waldbegriff grundsätzlich festgehalten. Neu geregelt wurde dagegen die unbefriedigende Situation im Bereich von Bauzonen.
- *Bewirtschaftung des Waldes*. Die im Entwurf vorgeschlagene generelle Bewirtschaftungspflicht wurde in der Vernehmlassung fast einhellig abgelehnt. Zu viele gewichtige Gründe (Eigentumsfreiheit, Haftungsprobleme, Personalmangel, politische Durchsetzbarkeit usw.) wurden dagegen vorgebracht, als dass daran hätte festgehalten werden können, auch wenn eine solche Pflicht gerade von Kreisen der Holzwirtschaft begrüsst worden wäre.
- *Förderungsmassnahmen*. Durchgehend kritisiert wurde die fakultativ formulierte Beitragsbereitschaft des Bundes, aber auch inhaltlich gingen die Meinungen über die Art der Förderung weit auseinander. Die Förderungsartikel wurden daher nochmals grundsätzlich überarbeitet und systematisch neu konzipiert, wobei mit der Unterscheidung von Abgeltungen und Finanzhilfen dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen Rechnung getragen wurde (BBl 1987 I 369).

2 Besonderer Teil

21 1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

Der *Zweckartikel* nimmt die breite Verankerung des Gesetzes in der Bundesverfassung auf und verdeutlicht in seiner Gliederung, dass es in diesem Gesetz nicht nur um die Erhaltung des Waldes geht (Abs. 1), sondern um den integralen Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen (Abs. 2).

Anknüpfend an die bisher vom Forstpolizeigesetz verfolgte Politik soll gemäss *Absatz 1* auch weiterhin die Erhaltung der flächenmässigen Ausdehnung und räumlichen Verteilung des Waldes Ziel des Gesetzes bleiben. Neben diesem *quantitativen* Aspekt, der ein Jahrhundertwerk von Wiederherstellung geschädigter oder zerstörter Wälder und die Schaffung neuer Wälder sowie einer zurückhaltenden Rodungspraxis fortsetzt, tritt in der heutigen Bedrohung des Waldes begründet ein *qualitatives* Element gleichwertig hinzu. Die im FPolG stillschweigend vorausgesetzten *Waldfunktionen* werden unter Buchstabe c ausdrücklich erwähnt:

- Eine *Schutzfunktion* erfüllt der Wald, wenn er Menschenleben oder Sachwerte vor *Naturereignissen* schützt. Naturereignisse sind in diesem Sinne etwa Lawinen, Rutschungen, Erosion und Steinschlag.
- Eine *Wohlfahrtsfunktion*, erfüllt er, wenn er durch seine Lage, seinen Aufbau, seine Bestockung und Gestaltung dem Menschen als Erholungsraum dient, aber auch wenn er durch seine Form die Landschaft prägt, ferner wenn er vor schädlichen Umwelteinflüssen, wie Lärm oder Immissionen schützt, Was-

servorräte quantitativ wie qualitativ sichert und wildlebenden Tieren und einheimischen Pflanzen einen unersetzlichen Lebensraum schafft.

- Schliesslich produziert jede Waldfläche Holz. Abhängig von Standort und klimatischen Bedingungen, variiert diese Produktion zwischen 13 m³ pro Hektare und Jahr auf den besten Böden des Mittellandes bei einem 50jährigen Nadelholzbestand und 1 m³ pro Hektare und Jahr bei einem Bestand auf kargem Boden im Alpengebiet. Eine *Nutzfunktion* für den Menschen erfüllt der Wald, wenn der Rohstoff Holz genutzt wird. Die heutige Nutzung beträgt gesamtschweizerisch etwas mehr als 4 Millionen m³ Holz pro Jahr. Das Landesforstinventar (LFI) 1983–1985 hat dagegen ergeben, dass die in den nächsten zehn Jahren mögliche jährliche Nutzungsmenge im Schweizer Wald 6,5 Millionen m³ betragen könnte. Überlegungen zur internationalen Rohstoff- und Energiebilanz lassen diese Inlandnutzung durchaus erstrebenswert erscheinen, denn das Holz ist der einzige erneuerbare Rohstoff in der Schweiz, der sich zudem bei der Erzeugung günstig auf die Umwelt auswirkt (Sauerstoff) und bei der Entsorgung keine Probleme bietet.

Als häufig noch grossflächige *naturnahe Lebensgemeinschaft* entspricht der Wald zudem den Bestrebungen des Naturschutzes, einheimische Pflanzen und wildlebende Tiere, geologische Formationen, ursprüngliche Landschaftsteile und Ökosysteme vor der Zerstörung zu schützen (Bst. b). Er dient so

- der Erhaltung von Lebensbedingungen für die freilebende Tier- und Pflanzenwelt (im Sinne von Naturschutz);
- dem Schutz von Lebensräumen mit besonderer Eignung für bestimmte Lebensgemeinschaften oder einzelnen Arten von Lebewesen (im Sinne von Biotopschutz);
- der Erhaltung von Landschaften besonderer Eigentümlichkeit oder Schönheit (im Sinne von Landschaftsschutz).

Das Ziel, den Wald wie dargestellt zu erhalten, lässt sich in der Regel nur erreichen, wenn genügend gut organisierte und leistungsfähige Forstbetriebe vorhanden sind, die die notwendigen Pflegeeingriffe und erwünschten Holzschläge vornehmen können. Von ihrer Existenz hängt die Erfüllung des Verfassungsauftrages, den Wald zu erhalten (Art. 24 BV) wesentlich ab. Es ist daher auch Zweck dieses Gesetzes (Bst. d), die *Waldwirtschaft zu fördern und zu erhalten*.

Wie im bisherigen Recht geht der *Geltungsbereich* des Waldgesetzes über das eigentliche Waldareal hinaus und umfasst namentlich auch Anrissgebiete von Lawinen und Einzugsgebiete von Gewässern. Wo der Wald versagt, bedarf der Schutz von Siedlungen und Verkehrswegen entsprechender Ergänzung durch Schutzwerke, an die der Bund gestützt auf dieses Gesetz Beiträge leisten soll. Damit wird nicht nur deutlich, dass der Schutz des menschlichen Lebensraumes einer gesamtheitlichen Betrachtungsweise bedarf, sondern auch, dass verschiedene Regelungsbereiche aufeinander abzustimmen sind. Die wichtige Abgrenzung zum Wasserbaupolizeigesetz wird im Rahmen der heutigen Praxis sichergestellt.

Art. 2 Begriff des Waldes

Das Forstpolizeigesetz von 1902 kennt keine systematische Umschreibung des Begriffes Wald. Eine solche findet sich erst in der Verordnung zum Forstpoli-

zeigesetz von 1965. Vom Bundesgericht als gesetzeskonform anerkannt, hat sie sich in jahrelanger Praxis bewährt, so dass sie, abgesehen von einigen redaktionellen Anpassungen, ins neue Gesetz übernommen wird.

Die Walddefinition zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf qualitative Merkmale abstellt und auf eine räumliche Abgrenzung verzichtet. Da nach dieser Definition Wald überall dort entsteht, wo die qualitativen Merkmale (Waldfunktionen) gegeben sind, spricht man vom *dynamischen Waldbegriff*.

Wenn sich der Begriff auch grundsätzlich bewährt hat, weil er den natürlichen Gegebenheiten am besten Rechnung trägt, entstanden doch in einzelnen Bereichen Konflikte, die in Zukunft zu vermeiden sind. Die dafür notwendige Einschränkung des dynamischen Waldbegriffes wird im 2. Abschnitt (Wald und Raumplanung) des 2. Kapitels geregelt. Nach wie vor spielen aber weder die Entstehung noch die Nutzungsart einer bestockten Fläche, noch ihre Bezeichnung im Grundbuch eine Rolle.

Ob es sich im Einzelfall bei einer Bestockung um Wald im Rechtssinne handelt, ist, wenn dies streitig ist, in einem Waldfeststellungsverfahren zu klären (Art. 10). Um die Beurteilung zu erleichtern, wurden vom Bundesgericht und in Richtlinien der Kantone *Hilfskriterien* erarbeitet. Diese erlauben es, für den Regelfall anzunehmen, die Waldfunktionen seien gegeben, wenn die Kriterien erfüllt sind. Da der Begriff des Waldes ein Begriff des Bundesrechtes ist, rechtfertigt es sich, Mindestkriterien auf Bundesebene festzulegen, um allzu grosse Abweichungen in der Praxis der Kantone zu vermeiden (Abs. 4). Im Rahmen dieser Kriterien sind die Kantone jedoch frei, Ergänzungen vorzunehmen.

Als Zusammenfassung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, die für die spätere Festlegung der Mindestkriterien wegleitend sein soll, lassen sich folgende Kriterien nennen:

- Alter der Bestockung bei einwachsenden Flächen: über 15 Jahre,
- Mindestbreite einer bestockten Fläche: 12 m,
- Flächenausdehnung der Bestockung: 500 m².

Da indessen nicht diese schematischen Kriterien ausschlaggebend sind, sondern die Erfüllung der qualitativen Merkmale, müssen die Mindestkriterien weichen, wenn beispielsweise bei Auen-, Ufervegetationen oder Windschutzstreifen besondere Verhältnisse vorliegen.

Sonderfälle werden auch in *Absatz 2* geregelt.

Bestockte Weiden (Wytweiden), *Weidwälder* und *Selven* (Kastanien- oder Nussbaumhaine) sind Waldtypen mit bestimmt zugeordneter Nutzung: sie werden sowohl forstlich wie landwirtschaftlich genutzt, ohne dass Nutzungskonflikte bestehen. In weiten Teilen des Juras sowie in den Alpen und auf der Alpensüdseite spielen sie eine wichtige Rolle und prägen zudem das Landschaftsbild. Sie sollen in der heutigen Form erhalten bleiben.

Grundsätzlich gilt auch der unbestockte Teil von bestockten Weiden und Weidwäldern als Wald im Rechtssinne. Die Baumgruppen in den bestockten Weiden oder Weidwäldern sind einer Dynamik unterworfen, die es nicht erlaubt, schematisch die bestockte von der unbestockten Fläche zu trennen. Es soll daher ein konstant bleibender Bestockungsanteil der Gesamtfläche erhalten werden.

Blößen sind durch ein Schadenereignis entstandene, vorübergehend unbestockte Flächen im Wald. Als *unbestockte Fläche* wird etwa eine Waldlichtung verstanden, während *ertragslose Flächen* Felsbänder, Nassstandorte, Geröllhalden, kleine Gewässer und dergleichen sind.

Die *Waldstrasse* ist eine Erschliessungsanlage, die der Pflege und Nutzung des Waldes dient und nach den Interessen des Waldes dimensioniert und angelegt ist. Sie ist Abfuhrweg, der mit Lastwagen befahren werden kann, und Arbeitsplatz zugleich.

Unter *forstlichen Bauten und Anlagen* werden technische Werke zum Schutz von Naturereignissen und Bauten verstanden.

Flächen mit Aufforstungspflicht schliesslich sind entweder Ersatzaufforstungsflächen oder mit öffentlichen Mitteln finanzierte Neuaufforstungen, ungeachtet eines Eintrages im Grundbuch.

In *Absatz 3* wird der Waldbegriff gegen besondere Erscheinungsformen von Bestockungen abgegrenzt. Dazu gehören Bestockungen zur Tarnung von Gebäuden, temporäre Bestockungen auf Deponien, Begrünung von Industrielandschaften, Begrünung zur Gliederung und Gestaltung von Siedlungsraum und dergleichen, die unter dem Begriff *Grünanlagen* zusammengefasst werden. Grundsätzlich sollen Flächen, die willentlich zur Durchgrünung von Siedlungsgebiet bestockt werden, nicht mehr Wald im Rechtssinne sein. Unter den zur kurzfristigen Nutzung angelegten *Baumkulturen* sind durch Pflanzung angelegte Baumgruppen mit kurzen Umtriebszeiten von bis zu 50 Jahren zu verstehen, beispielsweise Pappelkulturen, oder zur Energieholzerzeugung oder als Weihnachtsbaumkulturen angelegte Pflanzungen. Ebenfalls kein Wald sind Bäume und Sträucher auf Einrichtungen zur Stauhaltung und im unmittelbaren Vorgebieten.

Art. 3 Erhaltung des Waldes

Der zentrale Grundsatz der Walderhaltung wird in dieser Formulierung aus der Bundesverfassung und dem bestehenden Forstpolizeigesetz übernommen. Er wiederholt inhaltlich in verpflichtender Form das wichtigste Anliegen des Zweckartikels (Art. 1).

Art. 4 Ausnahmen für die Gesamtverteidigung

Im Interesse der Gesamtverteidigung können sich etwa beim Landerwerb oder bei Veranstaltungen im Wald Ausnahmen aufdrängen.

22 2. Kapitel: Schutz des Waldes vor Eingriffen

221 1. Abschnitt: Rodung und Waldfeststellung

Art. 5 Begriff der Rodung

Der Begriff der Rodung wird gegenüber dem bisherigen Recht nicht geändert. Eine Rodung liegt vor, wenn Waldboden dauernd oder vorübergehend mit oder ohne Bodenveränderungen zu andern Zwecken beansprucht wird.

Keine Rodungen sind punktuelle oder unbedeutende Beanspruchungen von Waldboden für *nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen*, wie bescheidene Rastplätze, Feuerstellen, Sport- und Lehrpfade, erdverlegte Leitungen und Kleinnanntennenanlagen, die das Bestandesgefüge des Waldes nicht beeinträchtigen. Sie sind jedoch einer kantonalen Bewilligungspflicht zu unterwerfen.

Art. 6 Rodungsverbot und Ausnahmbewilligungen

Rodungen sind als Konsequenz aus dem Walderhaltungsgebot (Art. 1 und 3) grundsätzlich verboten. Gesuche um Ausnahmen sind in einem förmlichen Verfahren zu prüfen.

Die Rodungsverfügung – Bewilligung oder Ablehnung – bleibt so das Ergebnis einer umfassenden Interessenabwägung.

Die bisherigen, bewährten Voraussetzungen für die Erteilung einer Rodungsbewilligung werden aus der Verordnung zum Forstpolizeigesetz übernommen und um die Erfüllung raumplanerischer Kriterien ergänzt. Grundvoraussetzung ist der verlangte Nachweis von Gründen, die das Interesse an der Walderhaltung überwiegen. Der Gesuchsteller hat nachzuweisen, dass ein öffentliches oder privates Interesse am Rodungszweck besteht, das höher zu werten ist als die Erhaltung der Waldfunktionen. In der Praxis werden Gesuche vor allem aus folgenden Gründen gestellt: Trinkwasserversorgung, Rohstoff-Versorgung (Kies, Sand, Kalk, Granit usw.), Deponien (Entsorgung), Verkehrswege, touristische Anlagen, Energieversorgung, Landesverteidigung.

Ferner muss das Werk, für das die Rodung angebeht wird, auf den vorgesehenen Standort angewiesen sein, das heisst der Standort im Wald muss im Vergleich zu anderen in Frage kommenden Standorten aus höherwertigen Gründen (Materialvorkommen, technische Realisierbarkeit oder Landschaftsschutz) zwingend sein (Bst. a).

Die Raumplanung ist bei der Realisierung raumwirksamer Vorhaben von immer grösserer Bedeutung. Auch im Wald lässt sich ein Projekt rechtlich nicht mehr verwirklichen, ohne dass auch die *raumplanerischen Voraussetzungen* erfüllt sind. Gemäss Buchstabe b müssen daher kantonale Richtpläne, regionale Konzepte beispielsweise bezüglich Versorgung, Entsorgung oder Tourismus oder kommunale Nutzungspläne vorliegen. Diese enthalten in der Regel den raumplanerisch begründeten Nachweis eines hohen öffentlichen Interesses, der es erlaubt, die Interessenabwägung zwischen dem Rodungszweck, und dem Interesse an der Walderhaltung vorzunehmen. Damit kann gewährleistet werden, dass für eine Zweckentfremdung, bzw. Nutzungsänderung von Waldareal von den zuständigen Behörden koordinierte Verfahren durchgeführt werden, und dass keine Rodungsbewilligung erteilt wird, bevor sich die Raumplanungsbehörden verbindlich zum Rodungsgesuch geäussert haben. Da sich jedoch Raumplanungsverfahren und Rodungsbewilligung häufig gegenseitig bedingen, muss es genügen, wenn die raumplanerischen Voraussetzungen *sachlich* erfüllt sind, das heisst entsprechende Unterlagen und verbindliche Zusagen der Raumplanungsbehörden im Zeitpunkt der Beurteilung eines Rodungsgesuches vorhanden sind.

Bisher wurde für das, was in *Buchstabe c* mit *erheblicher Gefährdung der Umwelt* umschrieben wird, der in der Rechtssprache überholte Begriff «polizeiliche Gründe» verwendet. Nach wie vor dürfen Rodungen nicht bewilligt werden, wenn die Gefahr besteht, dass sie Naturereignisse, wie Lawinen, Erosion, Rutschungen, Brände oder Windwurf, auslösen bzw. deren Auslösung begünstigen könnten. Sie sind aber auch zu verweigern, wenn die Realisierung des Werkes durch Immissionen (Gewässerverschmutzung, Lärm, Staub, Erschütterungen usw.) eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Die neue Formulierung trägt dieser Tragweite, die sich auch auf die Umweltschutzgesetzgebung abstützt, besser Rechnung.

Wie bis anhin stellen *finanzielle Interessen* (Abs. 2), die für ein Rodungsvorhaben sprechen, keine wichtigen Gründe für die Interessenabwägung dar.

Dagegen ist wie bisher gemäss *Absatz 3* bei der Interessenabwägung auch den Belangen des Natur- und Heimatschutzes Rechnung zu tragen.

Schliesslich ist in Rodungsbewilligungen für die Ausführung der Rodung eine nach dem Bedarf einer zügigen Verwirklichung eines konkreten Projektes bemessene Frist festzulegen (Abs. 4). In der Regel sollte sie nicht über drei Jahre hinausgehen.

Art. 7 Zuständigkeit

Die Delegation eines Teils der Entscheidkompetenz des Bundes über Rodungsgesuche an die Kantone wird auch ins neue Recht (Abs. 1) übernommen und entsprechend dem in der Vernehmlassung zum zweiten Paket von Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen geäusserten Wunsch der Kantone von heute 3000 m² auf 5000 m² erhöht.

Die Voraussetzungen, unter denen eine Rodungsbewilligung erteilt werden darf, sowie die Kompetenz zum Entscheid leiten sich beide aus dem Bundesrecht ab. Die Kantone erfüllen daher bei der Ausübung dieser *delegierten Kompetenz* eine Bundesaufgabe, so dass Artikel 7 (obligatorische Begutachtung) und Artikel 12 (Rechtsmittel der Vereinigungen für Natur- und Heimatschutz) des Natur- und Heimatschutzgesetzes vom 1. Juli 1966 (NHG; SR 451) Anwendung finden.

Für die Ermittlung der Zuständigkeit (Abs. 2) werden wie nach heutigem Recht alle Rodungsflächen, die für das gleiche Werk anbegehrt wurden, zusammengezählt. Als *gleiches Werk* gilt, unabhängig vom Rodungszweck, das gleiche Projekt, die gleiche Baute oder die gleiche Anlage innerhalb der Grenzen eines Kantons, für die weitere Rodungsgesuche gestellt werden.

Zusammenzuzählen sind nach der bundesgerichtlichen Rechtssprechung frühere Rodungsbewilligungen nur, wenn von ihnen – auch nur zu einem kleinen Teil – Gebrauch gemacht worden, oder wenn ihre Gültigkeit noch nicht abgelaufen ist. Ist eine befristete Bewilligung durch Fristablauf erloschen und wurden die entsprechenden Rodungen nicht vorgenommen, so darf sie bei der Berechnung der anzurechnenden Rodungsfläche in einem späteren Verfahren nicht berücksichtigt werden.

Liegt die Rodungsfläche auf dem Kantonsgebiet mehrerer Kantone, so soll die Kompetenz zum Entscheid beim Bund liegen, um sich widersprechende Ent-

scheide der Kantone zu vermeiden und die Koordination der Verfahren sicherzustellen (Abs. 3).

Art. 8 Rodungersatz

Die Verpflichtung, den Wald zu erhalten, gebietet, dass auch in Zukunft für jede Rodung grundsätzlich *Realersatz in derselben Gegend* geleistet werden soll. Als Realersatz kommen in Frage quantitativer Ersatz in Form von Ersatzaufforstungen oder natürlichem Einwuchs sowie freiwillige Aufforstungen, die jünger sind als 15 Jahre und für die *keine* Subventionen ausgerichtet wurden. Realersatz ist aber im Sinne von Funktionersatz auch qualitativer Ersatz, indem beispielsweise ein gerodeter Auenwald durch einen solchen zu ersetzen ist. Anzustreben sind Naturverjüngungen mit einheimischen, standortgerechten Baum- und Straucharten unter besonderer Berücksichtigung des Waldrandaufbaus und seiner Linienführung.

Die Forderung nach Ersatz in derselben Gegend ist dann erfüllt, wenn der Realersatz an vergleichbarem Standort, in derselben Höhenlage und in derselben Region geleistet wird.

Mit der schärfer gewordenen Auseinandersetzung um den knappen Boden in unserem Land hat sich indessen gezeigt, dass die Forderung nach realem Rodungersatz im neuen Recht etwas zu lockern ist. Insbesondere die Pflicht, den Ersatz in der gleichen Gegend zu leisten, kann, wie die Erfahrung gezeigt hat, zu Konflikten mit andern hohen öffentlichen Interessen führen, so vor allem mit der Erhaltung landwirtschaftlicher Vorrangflächen oder ökologisch oder landschaftlich wertvoller Gebiete (Abs. 2). Auch hier soll nach Möglichkeit nicht vom Grundsatz des Realersatzes abgewichen werden, doch soll, wenn die Abwägung der in Frage stehenden hohen öffentlichen Interessen gegen die Inanspruchnahme von Flächen in der gleichen Gegend spricht, davon abgewichen werden können.

Landwirtschaftliche Vorrangflächen umfassen insbesondere Ackerböden, gesicherte Fruchtfolgeflächen und dergleichen. Ökologisch oder landschaftlich wertvolle Gebiete sind Landschaftsschutz- oder Naturschutzgebiete, Biotope und anderes mehr von regionaler oder überregionaler Bedeutung, welche raumplanerisch oder durch Schutzverordnungen gesichert sind.

Strikte Ausnahme haben dagegen die in Absatz 3 genannten Massnahmen zugunsten des Natur- und Heimatschutzes und der Geldersatz zu bleiben, die einzeln oder kombiniert an die Stelle des Realersatzes oder eines Teiles davon treten.

Massnahmen zugunsten des Natur- und Heimatschutzes können die Schaffung, Erhaltung und Pflege von Biotopen sowie ökologischer Ausgleichsflächen inner- und ausserhalb des Waldes sein.

Geldersatz kann etwa dann geleistet werden, wenn die Ersatzpflicht Kleinstrodungen oder Rodungen zugunsten grosser Werke von nationaler Bedeutung trifft und Realersatz nicht möglich oder nach Abwägung der entgegenstehenden Interessen nicht sinnvoll ist. Dies kann beispielsweise in Gebieten mit hohem Bewaldungsprozentsatz oder grossflächiger Vergandung der Fall sein. Die eingehenden Geldbeträge sind für Walderhaltungsmassnahmen zu verwenden.

Art. 9 Mehrwertabschöpfung

An einem Grundstück, das dank einer Rodungsbewilligung aus dem Waldareal entlassen und einem andern Zweck zugeführt wird, kann ein erheblicher *Mehrwert* entstehen. Dieser Mehrwert soll durch die Kantone abgeschöpft werden.

Die Mehrwertabschöpfung hat vor etwas mehr als zehn Jahren im Zusammenhang mit der Raumplanung zu intensiven Auseinandersetzungen geführt und wurde damals verworfen. Im Gegensatz zum distributiven Charakter der Raumplanung handelt es sich bei der Rodungsbewilligung *immer* um eine Ausnahme vom Rodungsverbot im Einzelfall, auf die kein Anspruch besteht. Die Rechtfertigung für eine Rodung liegt im Charakter des Werkes, das realisiert werden soll, und in seiner Standortgebundenheit begründet. Finanzielle Interessen sind als Rodungsgrund ausdrücklich ausgeschlossen (Art. 6 Abs. 2). Die Rodungsbewilligung an sich stellt also für den Gesuchsteller bereits eine Wohltat dar, so dass es stossend wirkt, wenn er zusätzlich noch einen finanziellen Vorteil gegenüber einem Dritten erlangt, der für die Realisierung seines Werkes weitaus teureres Land ausserhalb des Waldes erwerben muss.

Dass ein solcher Vorteil unbeschaden dem zufallen soll, dem im Einzelfall eine Ausnahme zugestanden wird, ist umso stossender, als die öffentliche Hand mit Millionenbeträgen die Erhaltung des Waldes unterstützen muss. Es erscheint daher nur recht, wenn Mehrwerte, die durch eine Zweckentfremdung entstehen, ebenfalls der Walderhaltung zugutekommen und die öffentliche Hand entlasten. In diesem Sinne stellt die Mehrwertabschöpfung auch ein Korrelat zum Realersatz dar, indem ein Wertausgleich stattfindet. Im übrigen kennen bereits mehrere Kantone das Institut der Mehrwertabschöpfung, so Bern (Art. 18 Abs. 2 FoG), Jura (Art. 18 ForstG), Uri (Art. 28 ForstV) und Nidwalden (§ 27 ForstV).

Der abzuschöpfende *Mehrwert* ist die Differenz zwischen dem sich aus dem Rodungstatbestand ergebenden neuen Wert des Grundstücks und dem ursprünglichen Wert des Waldbodens.

Art. 10 Waldfeststellung

Das Waldfeststellungsverfahren ist im heutigen Recht nicht förmlich verankert, sondern wurde vom Bundesgericht in Analogie zum Rodungsverfahren entwickelt. Es erhält vor allem für die Abgrenzung des Waldes zu Bauland zunehmende Bedeutung, so dass sich eine Regelung im Gesetz rechtfertigt.

Im Waldfeststellungsverfahren wird von den kantonalen Forstbehörden im Gelände festgestellt und verfügt, ob ein Grundstück oder Teile davon Wald im Rechtssinne sind oder nicht. Für die Beurteilung einer Bestockung werden die im Begriff des Waldes entwickelten Kriterien gemäss Artikel 2 des Gesetzes angewendet.

Während die Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen heute dem Rodungsverfahren entspricht, sieht das neue Gesetz eine Kompetenzverschiebung zugunsten der Kantone vor.

Geregelt wird auch die Frage, wer legitimiert ist, eine Waldfeststellung zu verlangen. Da es sich um ein Feststellungsverfahren im Sinne von Artikel 25 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (SR 172.021) handelt, hat der Gesuch-

steller, der feststellen lassen will, ob eine bestimmte Bestockung Wald im Rechtssinne ist, ein *schutzwürdiges Interesse daran nachzuweisen*. Die zuständige kantonale Forstbehörde wird daher zunächst prüfen, ob ein solches Interesse wirklich besteht, bevor sie auf ein Gesuch materiell eintritt.

Da grundsätzlich jedermann, der gegen letztinstanzliche Waldfeststellungsentscheide der Kantone zur Verwaltungsgerichtsbeschwerde an das Bundesgericht legitimiert ist, auch im erstinstanzlichen Verfahren mitwirken können soll, wird der Kreis der Berechtigten weiter gezogen. Diese Erweiterung ist durchaus begründet, sind doch bei der Frage nach der Natur einer Bestockung in der Regel nicht nur die Interessen der Nachbarn, sondern häufig auch jene der Gemeinden, etwa im Rahmen der Ortsplanung, oder des Natur- und Heimatschutzes betroffen. Aus diesen Gründen wird die Legitimation in Übereinstimmung mit der Beschwerdebefugnis gebracht, wobei der Nachweis des schutzwürdigen Interesses als Filter wirkt, und einem Missbrauch den Riegel schiebt.

Häufig steht ein Waldfeststellungsbegehren in direktem Zusammenhang mit einem nachfolgenden Rodungsgesuch. In solchen Fällen gebietet die Verfahrensökonomie, die Zuständigkeit nach dem differenzierteren Verfahren zu regeln (Abs. 2).

222 2. Abschnitt: Wald und Raumplanung

Das Verhältnis von Forstgesetzgebung und Raumplanungsrecht zeichnet sich heute aus durch ein unkoordiniertes Nebeneinander. Dieser Zustand wird in Artikel 18 Absatz 3 des Raumplanungsgesetzes (RPG) mit der Umschreibung besiegelt, «das Waldareal ist durch die Forstgesetzgebung umschrieben und geschützt».

Die vielfältige und immer noch zunehmende Beanspruchung des in der Schweiz zur Verfügung stehenden Raumes hat ungeachtet des Nebeneinanders in der Gesetzgebung zu einer wachsenden Zahl von Reibungsflächen zwischen dem Wald und den verschiedenen Nutzungsformen des übrigen Raumes geführt. Die Lösung der unter dem Druck der wachsenden Bedürfnisse zunehmenden Konflikte verlagerte sich mangels gesetzlicher Regelung auf die Rechtsprechung und hier insbesondere auf das Bundesgericht, das sich immer wieder mit Koordinationsproblemen zwischen Raumplanung und Wald beschäftigen musste und muss. Es ist daher ein zentrales Anliegen dieses Gesetzes, der Raumplanung und dem Wald je den Platz zuzuweisen, der ihnen zukommt, und, wo Berührungen unvermeidlich sind, die anzuwendenden Verfahren zu koordinieren.

Art. 11 Rodung und Baubewilligung

Wald ist grundsätzlich nicht Gegenstand der Raumplanung. Er kann nur als Wald genutzt werden. Wird eine Fläche, gestützt auf eine Rodungsbewilligung jedoch aus dem Waldareal entlassen, wird sie Gegenstand der Raumplanung und bedarf einer raumplanerischen Zuordnung. Diese erfolgt entweder über eine Revision der Zonenpläne (dann bedarf ein konkretes Projekt einer ordentlichen Baubewilligung nach Art. 22 RPG) oder als Ausnahmebewilligung nach den Bestimmungen von Artikel 24 RPG (Bauen ausserhalb der Bauzonen).

Art. 12 Einbezug von Wald in Richtpläne und Nutzungspläne

Auch wenn das Waldareal grundsätzlich auch in Zukunft ungeschmälert erhalten bleiben soll und Rodungen verboten sind, zeigt die Erfahrung, dass es immer wieder öffentliche und private Vorhaben geben kann, die auf einen Standort im Wald angewiesen sind. Solche Bedürfnisse zeichnen sich in der Regel weit im voraus ab, so dass es sinnvoll ist, sie möglichst frühzeitig anzuzeigen. Ein geeignetes Instrument dafür, ohne die im Rodungsverfahren durchzuführende Interessenabwägung im Einzelfall vorweg zu nehmen, sind die kantonalen Richtpläne. Richtigerweise sind daher sich abzeichnende Eingriffe in den Wald, etwa für Kraftwerke, Deponien, Steinbrüche, Kiesgruben usw., in Richtplänen auszuweisen. Anhand von Bedarfsstudien, Erwägungen zum Standort und Setzung von Prioritäten sind in den Erläuterungen zum Richtplan die Überlegungen zu dokumentieren und zu begründen.

Konkretisiert sich das Vorhaben, so dass es aus dem Richtplan in einen Nutzungsplan umzusetzen ist, ist der Zeitpunkt gekommen, zu der beabsichtigten, anderweitigen Nutzung im Rodungsverfahren die endgültige Abwägung der entgegenstehenden Interessen vorzunehmen und die Rodung zu bewilligen oder zu verweigern (Abs. 2). Da es sich beim Richtplan um einen Gesamtplan über die räumliche Entwicklung eines Kantons und die Koordination zur entsprechenden Entwicklung der Nachbarkantone handelt, wäre es falsch, den Wald als Teil dieses Raumes aus der Gesamtschau auszuklammern. Entgegen verschiedenen Befürchtungen wird damit jedoch keine Schleuse zu einer «Verplanung des Waldes» geöffnet. Im Gegenteil wird so ein taugliches Hilfsmittel für die im Rodungsverfahren vorzunehmende Interessenabwägung nutzbar gemacht.

Art. 13 Abgrenzung von Wald und Bauzonen

Der dynamische Waldbegriff, an dem das Gesetz im Grundsatz festhält, hat vor allem im Bereich von Bauzonen verschiedentlich zu Abgrenzungsproblemen geführt. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll daher den Kantonen ermöglicht werden, im Rahmen des Ortsplanungsverfahrens auf Nutzungsplänen das Siedlungsgebiet vom Wald abzugrenzen. Die Waldgrenze soll dabei durch die kantonalen Forstbehörden festgestellt und in den Nutzungsplänen parzellenscharf festgelegt werden. Entstehen im Planaufgabe-Verfahren Streitigkeiten über den Verlauf der Waldgrenze, wäre diese in einem förmlichen Waldfeststellungsverfahren (Art. 10) mit den entsprechenden Anfechtungsmöglichkeiten zu bereinigen. Selbstverständlich ist, dass dieses Abgrenzungsverfahren RPG-konforme Bauzonen voraussetzt.

Nicht nur der Wald, sondern auch die Raumplanung ist einer gewissen Dynamik unterworfen. Die Abgrenzung ist daher nach Absatz 2 sowohl im Interesse der Raumplanung, wie der Entwicklung des Waldes längstens nach 15 Jahren zu überprüfen und anzupassen. Dabei rechtfertigt es sich, die weitere Zuordnung eingewachsener Flächen einem koordinierten Entscheid der beteiligten kantonalen Forst- und Raumplanungsbehörden zu übertragen. Es stellt sich nämlich dann mit Fug die Frage, ob das betroffene Grundstück zu Recht der Bauzone zugeordnet worden war.

Art. 14 Zugänglichkeit

Der Grundsatz, dass Wald und Weide von jedermann im Rahmen des Ortsgebrauches betreten werden dürfen, ist in Artikel 699 ZGB (SR 210) verankert. Nach Lehre und Rechtsprechung handelt es sich bei diesem Rechtssatz um eine Doppelnorm, die zugleich öffentlich- und privatrechtliche Merkmale aufweist, und daher auf dem Zivil- und dem Verwaltungsweg durchgesetzt werden kann.

Soweit die Zugänglichkeit im Waldgesetz näher umschrieben wird, deckt dies nur den Bereich des öffentlichen Rechts ab und legt die entsprechenden Verfahren fest, ändert aber die privatrechtliche Regelung nicht. Die in Absatz 2 umschriebenen Einschränkungen sind in diesem Sinne zu verstehen. Da der Ortsgebrauch insbesondere bezüglich der im Wald zu dulddenden Veranstaltungen eine wesentliche Rolle spielt, ist die Kompetenz, Einschränkungen zu verfügen, den Kantonen übertragen.

Einschränkungen der Zugänglichkeit, etwa durch Einzäunung, sind unter anderem gerechtfertigt aus Gründen des *Naturschutzes*, zum *Schutze von Jungwuchsf Flächen*, zur *Abwehr von Gefahren*, zum *Schutz von militärischen Anlagen und Kraftwerken* (Bst. a).

Das *Reiten* kann auf befestigte Wege und spezielle Reitwege verwiesen werden.

Bewilligungen für Veranstaltungen können verweigert werden aus Gründen des *Naturschutzes*, wegen *Konflikten durch Mehrfachnutzung*, aber auch aus *Haftungsgründen* (Bst. b). Veranstaltungen mit Motorfahrzeugen im Wald oder auf Waldstrassen sind verboten.

Art. 15 Motorfahrzeugverkehr

Grundsätzlich ist das Befahren von Waldstrassen und von Waldboden nur zu forstlichen Zwecken erlaubt. Forstliche Zwecke sind die Bewirtschaftung und Pflege des Waldes, Holzverkauf und Holzabfuhr. Ausnahmen bilden das Befahren von Wald und Waldstrassen durch Militärfahrzeuge im Interesse der Landesverteidigung. Ferner dürfen Waldstrassen von Sanitäts-, Feuerwehr- und Polizeiwagen befahren werden.

Häufig besteht das Bedürfnis, Waldstrassen auch für land- und alpwirtschaftliche Zwecke zu benutzen. Die Kantone werden daher ermächtigt, wo ein solcher Bedarf besteht, weitere Benützerkategorien auf Waldstrassen zuzulassen (Abs. 2).

224 4. Abschnitt: Schutz vor anderen Beeinträchtigungen

Art. 16 Nachteilige Nutzungen

Zu den nachteiligen Nutzungen zählen der Weidgang im Wald, der eine natürliche Verjüngung des Waldes behindert oder verunmöglicht, und Schäden an der bestehenden Bestockung verursachen kann, die Streuenutzung, welche eine Störung des Nährstoffkreislaufes verursacht und längerfristig zu einer Verarmung des Waldbodens führt, das Niederhalten von Bäumen, wo das Einwachsen der

Baumkronen in elektrische Freileitungen aus Sicherheitsgründen nicht zulässig ist oder wo die Entstehung von hochstämmigem Wald im Bereich von Hochwasserprofilen aus wasserbaupolizeilichen Gründen zu verhindern ist, ferner wo aus Gründen der Fernsicht die Baumhöhe niedrig gehalten wird. Ungünstige Rechtsverhältnisse wie die Superfizies, das heisst Trennung des Grundeigentums vom Eigentum an der Vegetation, gehören ebenfalls dazu. Die Kantone können solche Nutzungen bewilligen, wo wichtige Gründe dies erfordern und die Waldfunktionen dadurch nicht übermässig beeinträchtigt werden. Sind diese nicht mehr gewährleistet, ist gegebenenfalls in einem Rodungsverfahren über die Entlassung aus dem Waldareal zu entscheiden.

Unter die nachteiligen Nutzungen fallen ferner die bereits unter Artikel 5 hervor erwähnten nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen.

Art. 17 Waldabstand

Die heute gültigen Bestimmungen bezüglich Waldabstand werden im wesentlichen aus der Forstpolizeiverordnung (Art. 29) übernommen.

Der Waldabstand soll eine zweckmässige Bewirtschaftung und Erschliessung des Waldes ermöglichen, den Wald vor Feuer schützen, sowie dem hohen ökologischen Wert des Waldrandes Rechnung tragen. Ferner schützt er auch die Bauten und Anlagen vor Gefahren, die ihnen vom Wald her drohen können (Windwurf, Feuchtigkeit usw.).

Die Bestimmungen über einen minimalen Waldabstand von Bauten und Anlagen variieren von Kanton zu Kanton, so dass auf eine Regelung im Gesetz verzichtet wird, doch sollte dieser Abstand auch unter Berücksichtigung der Exposition und der zu erwartenden Höhe des Bestandes in der Regel 15 Meter nicht unterschreiten.

Art. 18 Umweltgefährdende Stoffe

Zur Sicherstellung einer möglichst naturnahen Lebensgemeinschaft ist der Einsatz von chemischen Mitteln (Pestizide und Dünger) grundsätzlich verboten. Ausnahmen, wie beispielsweise der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln für die Behandlung von Holz auf geeigneten Holzlagerplätzen, in forstlichen Pflanzgärten, zur Förderung der Begrünung von Waldwegböschungen sowie bei Wieder- und Neuanpflanzungen an extremen Standorten sind in der Verordnung vom 9. Juni 1986 über umweltgefährdende Stoffe (SR 814.013) zum Bundesgesetzes über den Umweltschutz, bzw. in der Verordnung vom 16. Oktober 1956 über den forstlichen Pflanzenschutz (SR 921.541) geregelt.

23 3. Kapitel: Schutz vor Naturereignissen

Im dritten und vierten Kapitel werden Art und Umfang der Eingriffe umschrieben, die zum Schutze von Menschenleben und erheblichen Sachwerten oder zur Pflege und Nutzung des Waldes notwendig oder erwünscht sind. Diese Eingriffe werden vom Bund weitgehend finanziell gefördert. Um die Übersicht über die einzelnen Massnahmen und ihre finanzielle Unterstützung durch den Bund zu erleichtern, wurden die Eingriffe in diesen Kapiteln und die Förde-

rungsmassnahmen im folgenden Kapitel systematisch so geordnet, dass diesem Kapitel und den einzelnen Abschnitten des folgenden Kapitels entsprechende Artikel im 5. Kapitel gegenüberstehen.

Art. 19

Naturereignisse brechen gleichermassen über den menschlichen Lebensraum und über Gebiete, die der Natur überlassen sind, herein. Da die *Natur* vor solchen Ereignissen nicht zu schützen ist, wird klar zum Ausdruck gebracht, dass es nur um den Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten geht.

Die Sicherung der Gewässer und der Gebiete, aus denen schädigende Ereignisse losbrechen, bedürfen in der Regel einer integralen Planung. Ein wesentlicher Teil der Massnahmen zum Schutze von Menschenleben und erheblichen Sachwerten liegt in den Händen der Forstbehörden. Der Waldrand kann dabei nicht als Grenze des Planens und des Handelns angesehen werden. Vielmehr ist eine gesamtheitliche Beurteilung vorzunehmen, um die jeweils geeignetste Kombination von waldbaulichen und technischen Möglichkeiten für die Verhinderung oder Verminderung von direkten und indirekten Wirkungen von Naturkatastrophen zu verwirklichen.

Diese Aufgabe soll wie bisher in Zusammenarbeit zwischen den Wasserbau- und den Forstbehörden sowie in Koordination mit der Raumplanung inbezug auf Gefahrenzonen erfüllt werden.

Mit diesem Artikel wird klar dargelegt, dass der Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist. Der Vollzug ist Sache der Kantone. Da die waldbaulichen und technischen Massnahmen in der Regel die Möglichkeiten der Privaten und Gemeinden übersteigen, leistet neben den Kantonen der Bund erhebliche Beiträge an die Kosten (Art. 36).

24 4. Kapitel: Pflege und Nutzung des Waldes

241 1. Abschnitt: Verhütung und Behebung von Waldschäden

Art. 20 Massnahmen des Bundes

Die in Absatz 1 angesprochenen Massnahmen lassen sich unter dem Begriff *Forstschutz* zusammenfassen. Es fallen darunter alle Massnahmen zum Schutze des Waldes vor Schädlingen, Krankheiten und andern Gefahren, die seinen Gesundheitszustand sowie seine Vitalität gefährden können. Neben den traditionellen biotischen und abiotischen Schäden gehören auch die neueren Waldschäden, die in jüngster Zeit unter dem Begriff «Waldsterben» an Bedeutung stark gewonnen haben, dazu.

Waldkatastrophen sind regionale oder landesweite Zerstörungen, die durch Wind, Sturm oder andere Naturereignisse verursacht worden sind.

Die vom Bund zu ergreifenden Massnahmen werden in Artikel 37 näher umschrieben.

In Absatz 2 wird dem Bundesrat die Kompetenz übertragen, Vorschriften über die Bekämpfung von Schädlingen und Krankheiten an Pflanzen ausserhalb des

Waldes zu erlassen, soweit diese eine landesweite Bedrohung darstellen. Damit wird eine Gesetzeslücke, die heute zwischen dem Geltungsbereich des forstlichen und des landwirtschaftlichen Pflanzenschutzes besteht, geschlossen. Zu denken ist etwa an Krankheiten, wie den Platanenkrebs.

Der *forstliche Pflanzenschutzdienst* (Abs. 3) wird wie bisher in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und weiteren interessierten Kreisen, wie Waldbesitzer, Forschungs- und Bildungsstätten usw. organisiert. Er hat folgende Aufgaben:

- Kontrolle der Ein-, Durch- und Ausfuhr von Holz, Pflanzen und Pflanzenteilen, welche Träger von Schadorganismen sein können;
- Überwachung verschiedenster Gefahrenherde für den Wald im Inland;
- Beratung und Information der interessierten Kreise über Vorbeuge- und Bekämpfungsmassnahmen;
- Erlassen der nötigen Weisungen sowie Durchführung der entsprechenden Massnahmenplanung.

Art. 21 Massnahmen der Kantone

Für den Vollzug der Vorschriften und Massnahmen nach Artikel 20 gegen die Ursachen und Folgen von Waldschäden sind die Kantone zuständig.

Ein besonderes Problem der Walderhaltung, das in Absatz 2 geregelt wird, bilden die in vielen Teilen der Schweiz, insbesondere in den Alpen und Voralpen, zu hohen Wildbestände. Verbiss- und Fegeschäden, verursacht durch zu hohe Bestände an Rehen, Gemsen, Rothirschen und zum Teil sogar an Steinböcken, gefährden oder verunmöglichen sogar das Aufkommen der Verjüngung im Wald.

Der Erhaltung des Waldes mit seinen vielfältigen Funktionen muss indessen vor jener übersetzter Wildbestände Vorrang eingeräumt werden. Die Kantone haben daher, als Verantwortliche für die Regelung der Jagd, dafür zu sorgen, dass die Verjüngung der Wälder auf natürliche Weise sichergestellt ist. Dies ist vor allem an steilen Lagen im Gebirge von Bedeutung, wo die Einzäunung als Mittel zur Wildschadenverhütung wegen Schneedruck und Steinschlag nicht angewendet werden kann. In für das Wild besonders günstigen Wintereinständen oder andern günstigen Orten werden jedoch Wildschäden aus Gründen der Konzentration und hohen Dichte nie gänzlich zu vermeiden sein, so dass dort besondere Schutzmassnahmen zu ergreifen sind (Biotop-Hege, Einzäunung, Einzelschutz, Einzelabschuss schadenstiftender Tiere usw.).

Die Bejagung der Wildbestände ist gestützt auf Bestandenserhebungen zu planen und durchzuführen. Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen finden sich im Bundesgesetz vom 20. Juni 1986 über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (SR 922.0, Art. 3 und 12).

Art. 22 Ausserordentliche Vorkehren bei Waldkatastrophen

Waldkatastrophen im In- und Ausland, insbesondere Sturmschäden, können je nach ihrem Ausmass und der Marktsituation die Existenzgrundlage der Wald- und Holzwirtschaft gefährden. Ihre Erhaltung ist aber wegen ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und zur Erfüllung der im Landesversorgungsgesetz vom 8. Oktober 1982 (SR 531) vorgegebenen Aufgaben notwendig. Zur Bewältigung

solcher ausserordentlicher Situationen kommen Massnahmen, wie Nutzungsbeschränkungen, Lagerbeiträge, Exportförderungen, Transportbeiträge für den Ausgleich zwischen den Regionen, Verbilligungsaktionen für Schweizer Holz, Investitionsbeihilfen und in Ausnahmefällen sogar zeitlich beschränkte, handelspolitische Massnahmen an der Grenze, soweit sie im Rahmen der Freihandelsverträge gestattet sind, in Frage.

242 2. Abschnitt: Bewirtschaftung des Waldes

Art. 23 Bewirtschaftungsgrundsätze

Das mit der Bewirtschaftung des Waldes anzustrebende Ziel wird in Absatz 1 umschrieben, während die nachfolgenden Absätze der Konkretisierung der Zuständigkeit, des Vorgehens und des Umfangs dienen.

Ziel der Bewirtschaftung ist es, die Waldfunktionen zu erhalten, und zwar so, dass sie nachhaltig gewährleistet sind. Unter *Nachhaltigkeit* wird im weitesten Sinne der Zustand dauernd unverminderter Leistungen bezüglich Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion verstanden.

Die Erhaltung der Schutz- und Wohlfahrtsfunktion braucht indessen nicht obligatorisch mit einer Bewirtschaftungspflicht gekoppelt zu sein. Wenn ein Wald durch sein stabiles Bestandesgefüge diese Funktionen ohne Pflege- und Nutzungseingriffe langfristig und dauernd erfüllt, ist er nicht zwingend zu bewirtschaften. Dagegen lässt sich in Wäldern, in denen die Nutzfunktion im Vordergrund steht und eine Wertproduktion angestrebt wird, das Ziel nur mit regelmässigen Pflege- und Durchforstungseingriffen nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit erreichen. Solche Wälder dienen einer sinnvollen Verwertung des natürlichen Rohstoffes Holz und bilden die Versorgungsbasis der einheimischen Holzindustrie, ohne deswegen im Widerspruch zu einem naturnahen Waldbau stehen zu müssen.

Die Umsetzung der Bewirtschaftungsgrundsätze ist Sache der Kantone (Abs. 2). Sie organisieren die Bewirtschaftung nach den bewährten Forsteinrichtungs- und Waldbaumethoden. Dabei haben sie dem naturnahen Waldbau besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Wo es die Art und Lage der Bestockung erfordert, wie etwa im Bereich von Hochwasserprofilen aus wasserbaupolizeilichen Gründen, können zur Herstellung eines gefahrlosen Zustandes besondere Bewirtschaftungsformen (z. B. Niederhaltung, kurze Umtriebszeiten) vorgesehen werden.

Unter die waldbaulichen Massnahmen fällt, was zur Walderhaltung nötig ist – von der Jungwuchspflege bis zum Verjüngungshieb. Der naturnahe, das heisst im Hinblick auf die Schaffung dauernd stufiger Strukturen sanfte und ökologisch ausgerichtete Waldbau trägt der Tier- und Pflanzenwelt sowie dem Natur- und Heimatschutz in hohem Masse Rechnung. Abgestimmt auf die Ziele des Eigentümers werden diesbezüglich auch von aussen herangetragene Wünsche in die waldbauliche Planung aufgenommen. Es darf erwartet werden, dass inskünftig die Symbiose zwischen Naturschutz und Rohstoffversorgung durch den Forstdienst noch in verfeinertem Masse realisiert werden kann.

Ein wichtiger Teil der forstlichen Betriebsführung ist die Forsteinrichtung, oder nach neuerem Sprachgebrauch die *forstliche Planung*. Darunter wird der gesamte Führungsprozess, der Zielsetzung, Planung, Entscheidung, Ausführung, Kontrolle und Informationsbeschaffung umfasst, verstanden. Im engeren Sinne beinhaltet die Forsteinrichtung, in Anlehnung an langjährige Traditionen, die eigentliche Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes, der sich auf Erhebungen von Zustand und Zustandsveränderungen stützt. Die im Betriebsplan festgelegten Massnahmen sind rechtlich verbindlich und sollen den erfolgversprechendsten Weg zur dauernden Erhaltung der Waldfunktionen weisen.

Gewisse Waldbestände von grossem ökologischem, genetischem oder ästhetischem Wert können von den Kantonen im Rahmen ihrer Betriebspläne auch sich selbst überlassen oder durch eine gezielte, extensive Bewirtschaftung (Entfernen von gefährlichen Bäumen, Unterhalt von Fusswegen, Erhaltung traditioneller Strukturen usw.) erhalten werden (Abs. 3). Ein Verzicht auf Bewirtschaftung kann aber auch aus wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt sein, etwa in Beständen, in welchen der Holzzuwachs gering ist, sich die Holznutzung nicht lohnt und es die Walderhaltung zulässt.

Wird auf eine Bewirtschaftung verzichtet, so sind die mit dem Verzicht verfolgten Ziele im Wirtschaftsplan festzulegen. Zudem ist bei der Abgrenzung nicht bewirtschafteter Bestände auf die Vermeidung möglicher schädlicher Einwirkungen auf Nachbargrundstücke zu achten.

Schliesslich sollen die Kantone auch die Möglichkeit haben, mit der Zustimmung des Waldeigentümers, Waldreservate auszuscheiden (Abs. 4).

Waldreservate sind nicht zwingend Naturschutzgebiete. Solche können aber, gestützt auf das Natur- und Heimatschutzgesetz, auch im Wald ausgeschieden werden. Beiträge werden an Waldreservate, gestützt auf dieses Gesetz, keine ausgerichtet, sind aber nach Massgabe des NHG erhältlich, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind.

Wo Wälder im unmittelbaren Interesse von Menschenleben oder erheblichen Sachwerten besondere Schutzfunktionen gegen Naturereignisse erfüllen, haben die Kantone eine minimale Pflege sicherzustellen (Abs. 5). Dazu gehören grosse Teile der Wälder der Alpen- und Voralpentäler sowie Wälder in extremen Lagen des Juras, die Siedlungen und insbesondere Verkehrswege (Bahnen, Strassen aber auch Hochspannungsleitungen usw.) schützen. Als minimale Pflege gelten alle Eingriffe, die zur Steigerung oder Erhaltung der Bestandesstabilität beitragen.

Die Pflege wird in der Regel auf Anordnung des Kantons durch den Waldeigentümer sichergestellt. Kommt dieser den Anordnungen nicht nach, so hat ersatzweise der Kanton oder ein von ihm beauftragter Dritter (z. B. SBB oder Elektrizitätswerk usw.) die Pflegemassnahmen durchzuführen. Die Abgeltung der daraus entstehenden Kosten richtet sich nach Artikel 38 Absatz 1 des Entwurfes.

Art. 24 Holznutzung

Mit dieser Bestimmung wird die heutige Praxis weitergeführt. Vor der Ausführung von Holzschlägen sind die Bäume durch den Forstdienst im Gelände anzuzeichnen. Dieser erteilt dann auch die Bewilligung für die Ausführung des Schlages. Ausnahmen bestehen im Privatwald, wo in verschiedenen Kantonen eine bestimmte Menge Holz für den Eigengebrauch frei geschlagen werden darf.

Art. 25 Kahlschlagverbot

Der Kahlschlag ist die vollständige Räumung der Bestockung auf einer unverjüngten Fläche in einem solchen Ausmass, dass die Verhältnisse auf der geräumten Fläche dem Freilandklima nahekommen. Der Kahlschlag ist, wie im geltenden Recht, verboten. Ausnahmen bilden Kahlhiebe zur Verjüngung von Lichtholzarten (z. B. Eiche, Föhre) oder zur Überführung von Mittel- und Niederwald in Hochwald oder umgekehrt. Diese sind zulässig, sofern die Bodenfruchtbarkeit, der Wasserhaushalt sowie sonstige Schutz- und Wohlfahrtsfunktionen des Waldes weder erheblich noch dauernd beeinträchtigt werden. In Ausnahmefällen sind Kahlhiebe oder Räumungen von Bestockungen auch im Hochwasserbett von Fliessgewässern aus Sicherheitsgründen zulässig. Im Unterschied zur Rodung bleibt die kahlgeschlagene Fläche Wald im Sinne des Gesetzes und wird die Wiederbestockung ermöglicht.

Art. 26 Wiederbestockung von Blössen

Der Begriff Blösse wurde in den Ausführungen zu Artikel 2 definiert.

In tieferen Lagen wachsen Blössen in der Regel in kurzer Zeit durch natürliche Verjüngung wieder ein, vorausgesetzt die Wilddichte überschreitet nicht das tragbare Mass. In höheren Lagen kann die natürliche Wiederbestockung von Blössen hingegen über mehrere Jahrzehnte andauern. Ist dadurch die Stabilität oder die Schutzfunktion des Waldes in Frage gestellt, muss die Zeitspanne durch Setzen von Pflanzen geeigneter Herkunft und Standorttauglichkeit verkürzt werden.

Art. 27 Forstliches Vermehrungsgut

Forstliches Vermehrungsgut sind Zapfen, Früchte, Samen, Stecklinge und andere Pflanzenteile, die zur Erzeugung von Forstpflanzen bestimmt sind, sowie Forstpflanzen selbst.

Massnahmen in diesem Bereich haben zum Ziel, Waldbesitzer und Forstdienst mit geeignetem forstlichem Vermehrungsgut zu versorgen, sowie die genetische Vielfalt unserer Wälder sicherzustellen.

Die *genetische Vielfalt* ist ein wichtiger Faktor zur Erhaltung der Stabilität des Ökosystems Wald. Mit Hilfe der Naturverjüngung, der Lagerung von Saatgut verschiedener Herkunft für die Pflanzennachzucht sowie der Schaffung von Gen-Reservaten soll ein möglichst vielfältiges Vermehrungsgut erhalten werden.

Die Organisation der Versorgung mit forstlichem Vermehrungsgut ist Sache der Kantone. Der Bund übernimmt nur Koordinations- und Beratungsaufgaben. Hingegen überwacht der Bund den internationalen Handel mit Forstpflanzen und Saatgut (Abs. 2).

Art. 28 Veräusserung und Teilung

Die im geltenden Forstpolizeirecht gemachte Unterscheidung in der Behandlung von Privatwald und öffentlichem Wald ist angesichts der Bedrohung des Waldes nicht mehr gerechtfertigt und soll im neuen Recht mit einer Ausnahme verschwinden.

Die Ausnahme betrifft die *Veräusserung und Teilung von Wald*. Während die Teilung von Wald wie bisher in jedem Fall eingeschränkt und von einer kantonalen Bewilligung abhängig gemacht wird, soll die ungeteilte Veräusserung von Privatwald ohne forstamtliche Bewilligung möglich sein. Die Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen dagegen soll nur mit kantonaler Bewilligung möglich sein. Auch Staatswald soll grundsätzlich nicht veräussert werden, nur bedarf es da, weil der Kanton selbst handelt, keiner besonderen Regelung.

Eine Einschränkung rechtfertigt sich, da sich eine Zersplitterung des Eigentums auf die Walderhaltung nachteilig auswirken kann. Von der Öffentlichkeit werden jährlich grosse Summen aufgebracht, um aufgeteilte Waldparzellen wieder zusammenzulegen und einer einheitlichen Pflege und Bewirtschaftung zu unterstellen.

Da nach dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über das bauerliche Bodenrecht die Teilung oder Veräusserung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke ebenfalls einer Bewilligung bedarf und solche Grundstücke auch Wald umfassen können, sind die Bewilligungsverfahren im Interesse eines effizienten Verfahrens zu vereinigen und durch einen Gesamtentscheid abzuschliessen (Abs. 2).

25 5. Kapitel: Förderungsmassnahmen

251 1. Abschnitt: Ausbildung, Beratung und Grundlagenbeschaffung

Art. 29 Ausbildungsaufgaben des Bundes

Die Zielsetzung der Walderhaltung verlangt nicht nur nach einer zweckmässigen Organisation des Forstdienstes, sondern auch nach entsprechenden Aus-, Weiter- und Weiterbildungsmöglichkeiten für das Forstpersonal. Diese sollen alle Stufen forstlicher Arbeitskräfte umfassen: den Forstingenieur mit ETH-Abschluss, das Forstpersonal, das heisst die Stufen mit Anlehre, Berufslehre und weiterführender Ausbildung im Sinne des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) (wie Waldfacharbeiter, Forstwart und Förster) und den Waldarbeiter ohne Anlehre (Abs. 1).

Damit genügend gut ausgebildete Fachleute zur Verfügung stehen, soll der Bund auf allen Stufen der forstlichen Ausbildung fördernd und koordinierend wirken.

Direkt in der Verantwortung des Bundes soll wie bisher nur die Aus- und Weiterbildung der Forstingenieure an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen sowie ihre Fortbildung, organisiert durch das Bundesamt liegen (Abs. 2). Hier wird in Zukunft vor allem der Weiter- und Fortbildung vermehrte Bedeutung zukommen.

Zusätzlich zu der schwergewichtig theoretischen akademischen Ausbildung soll wie bisher als Voraussetzung für die Bekleidung einer höheren Forstbeamtung ein Wählbarkeitszeugnis erforderlich sein (Abs. 3). Die Wählbarkeit wird nach einem erfolgreich abgeschlossenen forstlichen Praktikum und nach bestandener Schlussdiplomprüfung erteilt (V vom 23. März 1973 über die Wählbarkeit höherer Forstbeamter; SR 921.231 und Reglement vom 23. Mai 1973 über das forstliche Praktikum; SR 921.231.1).

Neu geregelt wird in Absatz 4 die Berufsbildung des Forstpersonals. Nach der heute geltenden Regelung werden auf die Ausbildung der Forstwärte die Artikel 6–45, 49–57 sowie 63 und 64 des Berufsbildungsgesetzes sinngemäss angewendet. Diese Art der Anwendung ist indessen rechtlich nicht ganz einwandfrei und soll daher nicht mehr ins neue Gesetz übernommen werden.

Die wachsenden fachlichen Anforderungen an die Forstberufe bedingen eine Überprüfung der heutigen Ausbildungspolitik. Insbesondere wird sich in Zukunft die Frage nach neuen Ausbildungstypen und nach der Spezialisierung stellen. Es ist daher zweckmässig, die Aus-, Weiter- und Fortbildung des Forstpersonals grundsätzlich dem Berufsbildungsgesetz zu unterstellen. Dies sollte ungeachtet einer etwas schwachen Verfassungsgrundlage möglich sein, da der schlechte Zustand des Waldes forstpolizeilich motivierte Bestimmungen des Bundes im Bereich der forstlichen Ausbildung in vermehrtem Mass rechtfertigt. Umfassende Aufgaben, die in anderen Berufszweigen von den Berufsverbänden übernommen werden, werden in der gesamten forstlichen Ausbildung vom Eidgenössischen Departement des Innern wahrgenommen. (Aufsicht über Lehrabschlussprüfungen, Lehrmittel, Ausbildungskonzept). Die Vielgestaltigkeit der Ausbildung kann nur erhalten werden, wenn die Ausbildungsaufgaben weiterhin vom Bund wahrgenommen werden.

Obwohl das Berufsbildungsgesetz grundsätzlich anwendbar sein soll, ist, den besonderen Verhältnissen der forstlichen Ausbildung Rechnung tragend, die Möglichkeit zu schaffen, abweichende Bestimmungen zu erlassen. Eine solche Lösung wurde in Artikel 77 BBG für die hauswirtschaftliche Ausbildung getroffen.

Art. 30 Ausbildungsaufgaben der Kantone

Dieser Artikel regelt einerseits die Ausbildung jener forstlichen Arbeitskräfte, die nicht unter das Berufsbildungsgesetz fallen. Es sind dies insbesondere die ungelernen Waldarbeiter, die Landwirte, die temporär im Walde arbeiten, sowie andere in- und ausländische Arbeitskräfte die zeitweilig im Wald beschäftigt werden. Ausbildungsschwerpunkte sind hier in erster Linie Arbeitssicherheit und Unfallverhütung.

Andererseits sollen die Kantone die Beratung der Waldeigentümer verstärken und institutionalisieren. Ein Ausbau der Beratung wird bereits im Bundesbeschluss über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung (BO vom 25. Nov. 1987, BBl 1988 I 289) finanziell unterstützt.

Art. 31 Forschung und Entwicklung

Mit diesem Artikel soll die wald- und holzwirtschaftliche Forschung und Entwicklung neben den allgemeingültigen Formulierungen im Forschungsgesetz

vom 7. Oktober 1983 (SR 420.1) eine klare Grundlage erhalten. Dies gilt insbesondere für jene Forschungsinstitutionen, die nicht wie das Institut für Wald- und Holzforschung an der ETH Zürich sowie die Eidgenössische Anstalt für das forstliche Versuchswesen dem Schulratsbereich zugeordnet sind, wie

- das Institut für Schnee- und Lawinenforschung Weissfluhjoch Davos,
- der Wald- und Holzforschungsfonds.

Gleichzeitig soll dieser Artikel die Möglichkeit bieten, wenn nötig auch neue Forschungsstätten im Bereiche Wald und Holz zu schaffen.

Die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Sicherstellung der Walderhaltung und der Waldfunktionen wird an Bedeutung weiter zunehmen. In diesem Sinne soll dieser Artikel die gesetzliche Grundlage bieten für die Durchführung von wissenschaftlichen Arbeiten, die zur Bewältigung der gesetzlichen Aufgaben nötig sind.

Art. 32 Förderung von Vereinigungen

Die Möglichkeit, Vereinigungen von gesamtschweizerischer Bedeutung für ihre im Interesse der Walderhaltung liegende Tätigkeit Beiträge auszurichten, entspricht der Bedeutung dieser Tätigkeit für die Öffentlichkeit und für die Walderhaltung.

Art. 33 Erhebungen

Mit diesem Artikel wird insbesondere für das Landesforstinventar (LFI), die Erhebungen im Rahmen von Sanasilva (Waldschadeninventur), die eidgenössische Forststatistik sowie für Holzverbrauchserhebungen eine einheitliche gesetzliche Grundlage geschaffen.

Erhebungen sind für die nationale und internationale Informationspflicht wie auch als Entscheidungshilfen für den optimalen Einsatz der Bundesmittel im Normal- und Katastrophenfall von grosser Bedeutung.

Art. 34 Information

Die Verpflichtung von Bund und Kantonen, für die Information der Öffentlichkeit zu sorgen, wird neu in das Waldgesetz aufgenommen. Die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das grosse öffentliche Interesse an der Walderhaltung weckte das Bedürfnis nach umfassender Information und Aufklärung.

252 2. Abschnitt: Finanzierung

Art. 35 Grundsätze

Die finanziellen Förderungsmassnahmen sind nach dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen ausgestaltet. Insbesondere wird unterschieden zwischen Beiträgen die dem Empfänger an die Erfüllung bundesrechtlich vorgeschriebener oder ihm vom Bund übertragener Aufgaben geleistet werden (*Abgeltungen*) und solchen, die ein Empfänger an die Erfüllung von Aufgaben, die er selbst gewählt hat, erhalten soll (*Finanzhilfen*). Während

Abgeltungen für den Bund verpflichtenden Charakter haben, sind Finanzhilfen nur soweit zu leisten, als dafür beim Bund Mittel vorhanden sind. Die vom Bund zu fördernden Bereiche sind in Artikel 35 zusammengefasst.

Alle finanziellen Leistungen des Bundes sind von gemeinsamen Voraussetzungen abhängig, die zunächst erfüllt sein müssen, bevor der Bund seinen Teil beiträgt. Diese Voraussetzungen sind nicht neu, sondern setzen bewährtes Recht fort.

Empfänger der Subventionen ist, wer die geförderte Leistung erbringt, bzw. die Kosten dafür trägt. Bei forstlichen Massnahmen ist dies in der Regel der Forstbetrieb oder der Waldbesitzer, bei der Errichtung von Schutzbauten der Bauherr.

Bundesbeiträge werden nur für geleistete Arbeiten ausgerichtet. Die Eigenleistung des Empfängers von Bundeshilfe widerspiegelt sich in den Restkosten, die er zu tragen hat. Diese richten sich bis zu einem gewissen Grad nach seiner Finanzkraft.

Von besonderem Interesse ist die Voraussetzung, dass eine dauernde und für die Walderhaltung günstige Regelung von Konflikten getroffen wird (Abs. 2 Bst. e).

Forstliche Massnahmen können nur dann Erfolg haben, wenn Nutzungskonflikte beseitigt werden. So sind zum Beispiel Wildfragen, Weideprobleme, und Konflikte mit touristischer Nutzung waldfreundlich zu regeln. Werden keine Lösungen zur Beseitigung von Nutzungskonflikten gefunden, kann der Bund seine finanziellen Leistungen kürzen oder verweigern.

Die Voraussetzungen für den Widerruf und die Rückforderung bereits entrichteter finanzieller Leistungen durch den Bund sollen im Bundesgesetz über Finanzhilfen und Abgeltungen ausführlich geregelt werden (vgl. BBl 1987 I 369 ff., 445 ff.). Die Absätze 3 und 4 dieses Artikels, die diese Fragen für das Waldgesetz regeln, können daher ersatzlos gestrichen werden, wenn das Subventionengesetz vom Parlament beschlossen wird.

In den *Artikeln 36–38 Absatz 1* werden Massnahmen umschrieben, die dem Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten und der Erhaltung des Waldes, wo er besondere Schutzfunktionen erfüllt, bzw. in seiner Gesundheit oder seinem Bestand in besonderem Ausmass gefährdet ist, dienen. Diese Massnahmen stützen sich direkt auf Bundesrecht und werden von den Kantonen, die die Vorschriften zu vollziehen haben, angeordnet oder selbst ergriffen. Bei den Beiträgen, die der Bund an diese Massnahmen leistet, handelt es sich daher um *Abgeltungen*. Da diese Massnahmen für den Schutz unseres Lebensraumes und die Erhaltung der für uns lebenswichtigen Wälder sehr grosse Bedeutung haben, ist der Subventionssatz mit bis zu 80 Prozent eher hoch. Er trägt der finanziell schwierigen Situation der besonders betroffenen Bergregionen Rechnung. Allerdings werden die konkreten Sätze für die einzelnen zu fördernden Massnahmen in der Verordnung noch individuell abgestuft werden.

Auch die Beiträge an freiwillige Leistungen der Waldwirtschaft in Form von *Finanzhilfen* sind mit bis zu 60 Prozent eher hoch (*Art. 38 Abs. 2*). Der besorgniserregende Zustand des Waldes und die teilweise dadurch bedingte schlechte fi-

nanzielle Lage der Forstbetriebe rechtfertigen jedoch einen verstärkten Mitteleinsatz des Bundes, geht es doch schergewichtig darum, eine Pflege und Bewirtschaftung des Waldes auch dann und dort zu ermöglichen, wo diese nicht kostendeckend sind. Solche Eingriffe werden heute in weniger weitgehendem Rahmen über den Bundesbeschluss über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung gefördert.

Art. 36 Schutz vor Naturereignissen

Das Spektrum der Massnahmen zum Schutz vor Naturereignissen wird in Artikel 19 umrissen.

Vom Bund mitfinanziert werden Schutzbauten und -anlagen zur Sicherung des menschlichen Lebensraumes. Darunter fallen Lawinenverbauungen mit permanenten oder temporären Werken, Ablenkverbau, Bremsverbau, Objektschutz, wie Lawinenkeile oder Galerien, Schutzzräume, Umsiedlung von Gebäuden an lawinensichere Orte, Steinschlagverbauungen inklusive Auffangwerke, Rutschentwässerungen, Rutschverbau, forstlicher Bachverbau und Brandschutz sowie die dazu notwendigen Erschliessungen.

Diese Arbeiten sind wenn immer möglich mit ingenieurbologischen und waldbaulichen Massnahmen zu kombinieren. Im Sinne einer integralen Planung und Realisierung sind sie auf entsprechende wasserbauliche und Meliorationsmassnahmen abzustimmen.

Art. 37 Verhütung und Behebung von Waldschäden

In diesen Artikel werden Teile des Bundesbeschlusses über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung übernommen.

Die Massnahmen zur Verhütung von Waldschäden schliessen den Kauf und den Betrieb von Geräten und Einrichtungen zur Bekämpfung von Waldschädlingen und Waldkrankheiten ein, ferner werden unter diesem Begriff Schritte zur Neutralisierung von Schadstoffen sowie zur Erhaltung der Lebenskraft des Waldes und des Bodens unterstützt.

Unter Zwangsnutzungen werden nicht geplante Holznutzungen von liegenden oder stehenden Bäumen, die bereits abgestorben sind oder so starke Schäden aufweisen, dass sie in absehbarer Zeit absterben werden, verstanden.

Art. 38 Bewirtschaftung des Waldes

Wälder mit besonderer Schutzfunktion sind gemäss Artikel 23 Absatz 5 minimal zu pflegen.

Die waldbaulichen Eingriffe gemäss Absatz 1 sind im Rahmen von Projekten zu realisieren und auf die minimal notwendigen Massnahmen zur Förderung bzw. Erhaltung der Stabilität zu beschränken. Lediglich aus betriebswirtschaftlichen Gründen wünschbare Massnahmen können nicht mitberücksichtigt werden.

Mit Buchstabe b werden die Waldbauprojekte, für welche, bereits heute, gestützt auf eine weite Interpretation von Artikel 42^{bis} FPoLG Bundesbeiträge ausgerichtet werden, ins ordentliche Recht aufgenommen.

Die in Absatz 2 mit *Finanzhilfen* unterstützten forstlichen Massnahmen haben schwergewichtig betriebswirtschaftlichen Charakter. Ob und inwieweit sie ergriffen werden, ist den Forstbetrieben und Waldbesitzern anheimgestellt. Mit Ausnahme der Buchstaben a, f und zum Teil b sind sie im übrigen schon nach bestehendem Recht beitragsberechtigt.

Ihre Rechtfertigung finden alle geförderten Massnahmen im Verfassungsauftrag von Artikel 24 BV, wonach der Wald zu erhalten ist. Obwohl nicht so benannt, wird mit den, gestützt auf die Bestimmungen in Absatz 2, erbrachten Finanzhilfen faktisch eine *weitgehende Entschädigung für gemeinwirtschaftliche Leistungen der Waldeigentümer und Bewirtschafter* erreicht. Gemeinwirtschaftliche Leistungen sind die vielfältigen Waldfunktionen (Art. 1), die der Wald und indirekt der Waldbewirtschafter der Allgemeinheit ohne Entgelt zur Verfügung stellen. Eine Form der Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen stellt die Entrichtung genereller Flächenbeiträge dar. Darauf wurde aber wie gesagt verzichtet, denn bei mit dem Leistungsprinzip verknüpften Flächenbeiträgen müsste ja der Waldbewirtschafter gerade die Leistungen erbringen, um in den Genuss der Beiträge zu gelangen, die nach dem Entwurf einzeln gefördert werden. Die Förderung über einzelne Massnahmen erlaubt darüber hinaus ein gezieltes den unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Regionen und den unterschiedlichen Standorten und Aufgaben des Waldes angepasstes Vorgehen. Dies hindert nicht, dass Beiträge für einzelne Massnahmen (z. B. nach Bst. b) aufgrund von Leistungen pro Flächeneinheit flächenbezogen ausgerichtet werden können.

Eine Entschädigung erhält nun *leistungsbezogen*, wer geeignete Leistungen zur Erhaltung eines intakten Waldes erbringt und dabei ungedeckte Kosten zu tragen hätte. Mit der gezielten Förderung solcher Leistungen sollte sich die prekäre finanzielle Lage der Forstbetriebe und Waldbesitzer entspannen und indirekt auf die ganze nachgelagerte Holzwirtschaft wirken, ohne dass zu marktfremden Steuerungsmassnahmen, gestützt auf Artikel 31^{bis} BV gegriffen werden müsste.

Die unter Buchstabe a genannten forstlichen Planungsgrundlagen umfassen Forsteinrichtung, Vorprojekte, generelle Studien und Untersuchungen. Die Forsteinrichtung als Instrument der Betriebsführung sowie die Planung und Vorbereitung von forstlichen Projekten erfordert oft erhebliche finanzielle Leistungen seitens der Waldbesitzer. Viele sind nicht in der Lage die nötigen Mittel rechtzeitig bereitzustellen. Im Interesse eines möglichst effizienten Einsatzes von öffentlichen Geldern soll daher die Möglichkeit geschaffen werden, geeignete Planungs- und Entscheidungsgrundlagen frühzeitig und umfassend zu erarbeiten.

Beitragsberechtigt sind nach Buchstabe b alle waldbaulichen Massnahmen mit ungenügender Kostendeckung, die gemäss kantonalen Planungs- und Bewirtschaftungsvorschriften in den Wirtschaftsplänen festgehalten worden sind. Für den privaten Waldeigentümer ist die vorgängige Absprache der Eingriffe mit dem zuständigen Kreisförster massgebend für die Ausrichtung von Beiträgen. Die Befristung der Massnahmen ist durch die waldbauliche Planung gegeben. Im Vordergrund steht auch hier die Erhaltung der Stabilität und der Nachhaltigkeit der Waldbestände, welche durch gezielte waldbauliche Eingriffe gefördert werden können. Es ist beabsichtigt, hier die Bundesbeiträge pauschal abzu-

stufen und gestützt auf einen Leistungsausweis auszurichten, wie dies bereits für die Ausrichtung von Beiträgen gemäss Bundesbeschluss vom 4. Mai 1984 über Beiträge an ausserordentliche Massnahmen gegen Waldschäden (SR 921.515) gehandhabt wird.

Unter Buchstabe c ist an die Unterstützung von Klenganstalten, Samenbank sowie an Geräte zur Gewinnung von Samen gedacht.

Voraussetzung für einen sanften, ökologisch ausgerichteten Waldbau ist eine genügende und zweckmässige Erschliessung der Wälder (Bst. d). Die Dichte der Erschliessung hat sich nach den Bedürfnissen der waldbaulichen Behandlung zu richten, wobei das Erschliessungskonzept jeweils stark von den topographischen Verhältnissen abhängt. Während im Gebirge in der Regel eine minimale Basiserschliessung mit Waldstrassen, kombiniert mit Seilkrananlagen ausreicht, ist die Basiserschliessung in flacheren Gebieten mit Maschinenwegen zu ergänzen. Es ist selbstverständlich, dass der Wald möglichst landschaftsschonend zu erschliessen ist.

Die unter Buchstabe e genannte Verbesserung der Eigentumsstruktur beinhaltet die auch bisher geförderte Waldzusammenlegung. Da eine solche allein Probleme der Bewirtschaftung des Waldes – insbesondere des Privatwaldes – nicht immer optimal löst, sollen in Zukunft auch Zusammenschlüsse zu Bewirtschaftungsgemeinschaften unterstützt werden. Diese zeichnen sich durch gemeinsamen Einsatz von Arbeitskräften und gemeinsame Anschaffung und Einsatz von Maschinen und Geräten aus.

Die schliesslich genannte Regelung des Weidganges umfasst die völlige, teilweise oder zeitweise Trennung von Wald und Weide durch Einfriedung.

Gestützt auf Buchstabe f sollen bei aussergewöhnlichem Holzanfall gezielte Förderungsmassnahmen durch Marketing, Werbung oder andere ähnliche Instrumente unterstützt werden. Keine geeignete Grundlage ist diese Bestimmung für die Verbilligung von Holz, etwa durch Transportzuschüsse, Exporterleichterungen oder andere Eingriffe in die Marktwirtschaft, sowie für Massnahmen an der Grenze. Aussergewöhnlicher Holzanfall liegt sowohl bei extrem hohen Holz Mengen als auch bei sehr schlecht verwertbaren Sortimenten vor, die im Übermass anfallen.

Art. 39 Förderung der Ausbildung

Mit der grundsätzlichen Anwendbarkeit des Berufsbildungsgesetzes im sachlichen Bereich, sollen auch die Bestimmungen über die Bundesbeiträge anwendbar sein.

Die besonderen Verhältnisse in der forstlichen Ausbildung verlangen indessen, dass der Bund wie bisher zusätzliche berufsspezifische Aufwendungen unterstützt (Abs. 2 und 3). Darunter fallen insbesondere Finanzhilfen an:

- Transport-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten in Aus-, Weiter- und Fortbildungskursen und in Schulungsstätten (Försterschulen), sowie an die Schaffung von Lehrmitteln;
- die Förderung der Ausbildung der Waldarbeiter;
- die praktische Ausbildung von Forstingenieuren zur Erlangung der Wählbarkeit.

Art. 40 Investitionskredite

In Ausdehnung der heute geltenden Bestimmungen sollen Investitionskredite (IK) allen Forstbetrieben und Forstunternehmen in der ganzen Schweiz erhältlich gemacht werden. Ferner sollen sie nicht nur wie bisher zur Deckung der Restkosten, die sich aus der Erstellung von Schutzbauten und -anlagen sowie aus der Pflege und Nutzung des Waldes ergeben, zur Verfügung gestellt, sondern auch unabhängig von forstlichen Projekten und von der Zusicherung von Bundesbeiträgen als Baukredite gewährt werden können. Hingegen ist die Deckung der laufenden Betriebskosten durch Investitionskredite ausgeschlossen. Die forstbetrieblichen Anlagen umfassen auch Werkhöfe oder Holzhöfe, welche auf die Bedürfnisse der Forstwirtschaft abgestimmt sind.

Art. 41 Bereitstellung der Mittel

Für Massnahmen, bei denen der Bund zuerst Abgeltungen oder Finanzhilfen an Einzelprojekte zusichert, soll die Bundesversammlung mit dem jeweiligen Voranschlag einen Verpflichtungskredit (Jahreszusicherungskredit) festlegen. Mit diesem Vorgehen können die neuen Verpflichtungen am besten auf die verfügbaren Zahlungskredite abgestimmt werden.

Bei den Massnahmen zur Behebung von Waldschäden sowie bei allfälligen gemeinsamen Massnahmen der Wald- und Holzwirtschaft zur Förderung des Absatzes soll der Höchstbetrag der Zahlungskredite jeweils für mehrere Jahre durch einen einfachen Bundesbeschluss festgesetzt werden (Zahlungsrahmen).

26 6. Kapitel: Strafbestimmungen

Die Strafbestimmungen im geltenden Forstrecht wurden letztmals 1955 revidiert. Sie entsprechen in ihrer Gliederung, in ihrem materiellen Inhalt und hinsichtlich der strafrechtlichen Sanktionen nicht mehr heutigen Erfordernissen und werden daher neu gefasst. Formell unterscheidet der Entwurf des Waldgesetzes zwischen Vergehens- und Übertretungstatbeständen und bringt eine klare Abstufung nach dem Verschulden (Vorsatz oder Fahrlässigkeit).

Materiell bringen die Strafbestimmungen eine Verschärfung der Strafen, aber auch eine feinere Differenzierung in der Gewichtung der Widerhandlungen. Die Strafandrohungen im geltenden Recht haben mit der Geldentwertung ihre abschreckende Wirkung fast vollständig verloren, ja sie wirken sogar als Einladung, sich über das Gesetz hinwegzusetzen, weil die Vorteile, die etwa durch widerrechtliche Rodung von billigen Waldgrundstücken erlangt werden können, in keinem Verhältnis mehr stehen zu einer allfälligen Busse (20–50 Fr. Busse für jede illegal gerodete Are Wald). Die Bedrohung des Waldes und das wachsende Gewicht, das in der Gesellschaft dem Schutz und der Erhaltung der Natur eingeräumt wird, rechtfertigen die Anpassung.

Art. 42 Vergehen

Neu als *Vergehen* gelten die widerrechtlichen Rodungen, das Erschleichen von staatlichen Leistungen und das Unterlassen oder Verhindern vorgeschriebener Aufforstungen. Diese Widerhandlungen werden, bei vorsätzlicher Begehung,

mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.

Die Qualifizierung dieser Delikte als Vergehen mit *erhöhtem Bussenmaximum* rechtfertigt sich, wenn man bedenkt, welche Vermögensvorteile auf dem Spiel stehen können. Bei grösseren widerrechtlichen Rodungen, wie sie in der jüngeren Vergangenheit leider vorgekommen sind, werden rasch Beträge in der Grössenordnung des Bussenmaximums erreicht. Dasselbe gilt, wenn Aufforstungen zugunsten anderer Zwecke widerrechtlich nicht ausgeführt werden.

In den letzten Jahren wurden die öffentlichen Mittel, die für die Pflege der Wälder und für die Unterstützung der Wald- und Holzwirtschaft zur Verfügung stehen, wesentlich erhöht. Gleichzeitig wurde das Verfahren für die Ausrichtung dieser Mittel an die Berechtigten nach Möglichkeit vereinfacht. Damit sind die Ansprüche, die an die Ehrlichkeit der Empfänger zu stellen sind, wesentlich gestiegen. Die Erschleichung solcher Leistungen, auf die kein Anspruch besteht, ist daher im Interesse der Öffentlichkeit und der ehrlichen Bezüger mit aller Schärfe zu ahnden.

Werden diese Widerhandlungen *fahrlässig* begangen, so ist die Strafe Busse bis zu dem in Artikel 48 des Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0) festgelegten Rahmen von 40 000 Franken.

Art. 43 Übertretungen

Die in Absatz 1 genannten Widerhandlungen werden, soweit vorsätzlich und ohne Berechtigung begangen, mit Haft oder Busse bis 20 000 Franken geahndet. Auch hier geht der Bussenrahmen über den vom Strafgesetzbuch in Artikel 106 gesetzten von 5000 Franken hinaus. Die Höhe der Busse ist auch hier gerechtfertigt, wenn man bedenkt, welche Vermögensvorteile durch Widerhandlungen erzielt werden können, bzw. welchen Wert die zu schützenden Güter und Interessen haben.

Unter der *Zweckentfremdung forstlicher Bauten und Anlagen* (Bst. a) wird etwa die dauernde Nutzung von Forsthütten als Clubhütten usw. verstanden.

Die *Zugänglichkeit des Waldes beschränkt* (Bst. b) beispielsweise, wer diesen einzäunt. Bestraft soll auch werden, wer *Zugänglichkeitsbeschränkungen* etwa im Interesse der Jungwaldpflege oder des Biotopschutzes usw. *missachtet* (Bst. c), ferner wer *Wald oder Waldstrassen mit Motorfahrzeugen befährt* (Bst. d). Nicht unter Strafe gestellt sind im Bundesrecht das Befahren mit einem Fahrrad oder das Durchreiten von Wald oder Waldstrassen.

Holzschläge sind gemäss Artikel 24 an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die zum Schutze des Waldes einzuhalten sind (Bst. e).

Bedeutung erlangt auch Buchstabe f, da Erhebungen im Interesse der Walderhaltung (SANASILVA, Landesforstinventar) und der Wald- und Holzwirtschaft (Betriebszählungen, Forststatistik usw.) auf zuverlässige Auskünfte angewiesen sind.

Die *fahrlässige* Begehung dieser Widerhandlungen (Abs. 2) wird mit Busse in dem vom Strafgesetzbuch festgelegten Rahmen von 5000 Franken bestraft (Art. 106 StGB).

Die Kompetenz, Widerhandlungen gegen Ausführungsvorschriften des Bundes mit Strafe zu bedrohen, wird an den Bundesrat delegiert (Abs. 3).

Bei Übertretungen sind *Versuch und Helfenschaſt* nur strafbar, wenn das Gesetz dies ausdrücklich sagt (Art. 104 Abs. 1 StGB). Da die Täterschaft bei der Begehung der vielfältigen Übertretungen sehr unterschiedlich strukturiert sein kann, wird in Absatz 4 dieses Entwurfes die versuchte Übertretung und die Beihilfe zur Übertretung unter Strafe gestellt.

Schliesslich können die Kantone im Gegensatz zu den Vergehen, die im Bundesrecht abschliessend geregelt sind, weitere Widerhandlungen als Übertretungen ahnden (Abs. 5).

Art. 44 Vergehen und Übertretungen in Geschäftsbetrieben

Die Erfahrung hat gezeigt, dass verschiedentlich Widerhandlungen, wie etwa widerrechtliche Rodungen oder die Erschleichung von Beiträgen, von juristischen Personen und Handelsgesellschaften aber auch von Betrieben und Körperschaften des öffentlichen Rechts begangen oder veranlasst werden. Da diese als solche gestützt auf das Schweizerische Strafgesetzbuch nicht bestraft werden können, ihre Widerhandlungen sich aber gegen öffentliches Recht des Bundes richten, ist es angebracht, die Bestimmungen von Artikel 6 (Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben durch Beauftragte und dgl., 1. Regel) und 7 (2. Sonderordnung für Bussen bis zu 5000 Fr.) des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht (SR 313.0) auf dieses Gesetz anwendbar zu erklären. Zudem ist der Geltungsbereich wegen des sehr hohen Anteils öffentlichrechtlich organisierter Waldbesitzer, auf Betriebe, Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts auszudehnen.

Art. 45 Strafverfolgung

Vollständigkeitshalber wird festgehalten, dass die Strafverfolgung Sache der Kantone ist.

27 7. Kapitel: Verfahren und Vollzug

271 1. Abschnitt: Verfahren

Art. 46 Rechtspflege

Für den Rechtsschutz auf Bundesebene verweist das Gesetz auf die allgemeinen Bestimmungen über die Bundesrechtspflege, wie sie, soweit eine Verwaltungsbehörde Beschwerdeinstanz ist, im Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (VwVG; SR 172.021) und gegen letztinstanzliche Entscheide kantonaler oder Bundesbehörden im Gesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege (OG; SR 173.110) enthalten sind.

Die Verantwortung für eine einheitliche Gesetzesanwendung wird von der Bundesverfassung (Art. 24 Abs. 1 BV) dem Bund übertragen. Die Kompetenzen der Kantone, insbesondere für die Erteilung von Rodungsbewilligungen und für Waldfeststellungen, leiten sich aus diesem Gesetz, das heisst aus Bundesrecht ab. Weichen kantonale Entscheide zu stark von der entsprechenden Praxis des

Bundes ab, haben die Bundesbehörden im Interesse einer einheitlichen Gesetzesanwendung einzugreifen. Da die Kantone einmal delegierte Kompetenzen für die Anwendung von Bundesrecht selbständig ausüben und dem Bund keine administrative Weisungsbefugnis an die kantonalen Behörden zusteht, greift der Bund auf sein Beschwerderecht gegen letztinstanzliche kantonale Entscheide (Art. 103 Bst. b OG) zurück. Die weitere in Artikel 102 Ziffer 2 BV vorgesehene Eingriffsmöglichkeit der direkten Aufhebung auf Bundesrecht gestützter kantonomer Verfügungen bleibt auf schwerwiegendste Fälle beschränkt. Der nachträglichen Verwaltungskontrolle auf dem Wege des Beschwerderechts kommt daher für die Aufsicht über die unmittelbare Anwendung von Bundesrecht durch die Kantone entscheidende Bedeutung zu.

Die Ausübung des Beschwerderechts bietet keine besonderen Probleme, wo wie etwa in den Kantonen Graubünden und Tessin eine einzige kantonale Instanz solche Verfügungen trifft.

Anders, wo die Anwendung des Bundesrechts durch kantonales Verfahrensrecht zunächst unteren Verwaltungsorganen übertragen wird. Hier richten sich die Beschwerdemöglichkeiten bis zur letzten kantonalen Instanz nach kantonalem Recht. Nun ist streitig, ob der Bund gestützt auf dieses Gesetz zur Beschwerde gegen Verfügungen unterer Instanzen legitimiert wäre. Während der Kanton Bern die Legitimation nach geltendem Recht wiederholt anerkannt hat, hat ihm andererseits der Kanton Aargau kürzlich die Legitimation aberkannt. Das Bundesgericht hat schliesslich die Frage offen gelassen (es lag inzwischen ein letztinstanzlicher kantonaler Entscheid vor), gleichzeitig aber empfohlen, sie im Gesetz zu regeln.

In der Tat wäre es höchst unbefriedigend, wenn die Kantone es in der Hand hätten, durch Zwischenschalten einer Instanz dem Bund das Beschwerderecht zu entziehen und ihm damit die Ausübung der ihm von der Verfassung übertragenen Aufsichtspflicht über die Gesetzesanwendung zu erschweren, wenn nicht zu verunmöglichen. Unhaltbar ist zudem, wenn der Bund, wie im aargauer Fall geschehen, zunächst warten und hoffen müsste, dass ein Verband oder ein privater Beschwerdeführer den kantonalen Instanzenzug erschöpft, bevor er gegen den letztinstanzlichen Entscheid Beschwerde ergreifen könnte.

Dieser unbefriedigende Zustand hat dazu geführt, dass bereits im Umweltschutzgesetz (Art. 56 USG; SR 814.01) dem Bund die Kompetenz erteilt wurde, auch die Rechtsmittel des kantonalen Rechts zu ergreifen. Dieses als *Behördenbeschwerde* bezeichnete Recht soll daher, gleich wie im Umweltschutzgesetz auch in diesem Gesetz verankert werden (Abs. 2).

Keine selbständige Bedeutung hat Absatz 3. Mit dem Verweis auf das *Beschwerderecht der Kantone, Gemeinden und Vereinigungen* soll vielmehr an die Anwendbarkeit von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG; SR 451) erinnert werden. Im Bemühen, allfällige Unklarheiten über den Umfang der Anfechtbarkeit von Verfügungen zu beseitigen, sind zudem die Artikel mit den wichtigsten Anwendungsfällen genannt.

Art. 47 Aufschiebende Wirkung von Beschwerden.

Da es Jahre, ja sogar Jahrzehnte dauern kann, bis den Wald beeinträchtigende Eingriffe wieder rückgängig gemacht sind, rechtfertigt es sich, Beschwerden gegen Verfügungen, die eine Beeinträchtigung des Waldes gestatten, von gesetzswegen aufschiebende Wirkung zu verleihen. Es bleibt den urteilenden Beschwerdebehörden unbenommen, sie auf begründetes Gesuch hin im Einzelfall aufzuheben.

Art. 48. Enteignung

Massnahmen zur Walderhaltung oder Bauten und Anlagen zum Schutz vor Naturereignissen machen es unter Umständen nötig, Grundeigentum oder allfällige Dienstbarkeiten zu enteignen. Das bedeutende öffentliche Interesse geht hier vor. Die Kantone werden daher ermächtigt, die benötigten Grundstücke und Rechte zu enteignen. Sie können das kantonale oder das Enteignungsrecht des Bundes anwendbar erklären. Nur Bundesrecht ist dagegen anwendbar, wenn der Gegenstand der Enteignung auf dem Gebiet mehrerer Kantone liegt.

272 2. Abschnitt: Vollzug

Art. 49 Bund

Da der Bund letztlich die Verantwortung für einen gesetzmässigen Vollzug trägt, fällt ihm die Kompetenz zu, soweit erforderlich die Gesetzesbestimmungen zu konkretisieren.

Art. 50 Kantone

Das Waldgesetz ist ein Rahmengesetz. Sein *Vollzug* ist, wie im bisherigen Recht, grundsätzlich Aufgabe der Kantone. Sie haben die Kompetenz und die Pflicht, die dafür notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

Entsprechend müssen sie auch die Befugnis haben einzuschreiten, wenn ein rechtswidriger Zustand vorliegt (Abs. 2). Zur Durchsetzung des rechtmässigen Zustandes dürfen die Kantone Kauttionen erheben und zur Ersatzvornahme schreiten.

Art. 51 Forstorganisation

Die Zuständigkeit zum Vollzug beinhaltet auch die Pflicht, den Vollzug wirksam zu organisieren. Dies soll in der ganzen Schweiz wie bisher einheitlich geschehen durch Einteilung der Kantonsgebiete in Forstkreise und Forstreviere und durch eine zweckmässige Organisation des Forstdienstes mit qualifiziertem Personal.

Art. 52 Genehmigungsvorbehalt

Als Rahmengesetz belässt dieses Gesetz möglichst viele Befugnisse den Kantonen. Entsprechend zurückhaltend wird daher auch mit dem Instrument des Genehmigungsvorbehaltes durch den Bund umgegangen. Lediglich die Ausführungsbestimmungen über nachteilige Nutzungen des Waldes (Art. 16 Abs. 1), über den Waldabstand (Art. 17 Abs. 2) und die Planungs- und Bewirtschaft-

tungsvorschriften (Art. 23 Abs. 2) sind dem Departement des Innern zur Genehmigung zu unterbreiten. Der Entscheid des Departements kann an den Bundesrat weitergezogen werden. Die Genehmigung ist für die Gültigkeit der Bestimmungen konstitutiv.

Art. 53 Mitteilungspflichten

Damit der Bund seine Verantwortung für eine einheitliche Anwendung des Gesetzes wahrnehmen kann, sind dem Bund schliesslich alle kantonalen Ausführungsbestimmungen vor ihrer Inkraftsetzung mitzuteilen (Abs. 1) und die wichtigsten kantonalen Verfügungen und Entscheide zuzustellen (Abs. 2).

28 8. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 54 Aufhebung bisherigen Rechts

Mit der Totalrevision der forstlichen Gesetzgebung werden die in zahlreichen Gesetzen und Bundesbeschlüssen verstreuten Bestimmungen zusammengefasst, so dass diese aufgehoben werden können.

Art. 55 Änderung bisherigen Rechts

Zu ändern ist einmal (Abs. 1) das Berufsbildungsgesetz, in dem der Bereich Forstwirtschaft bisher ausdrücklich ausgeschlossen war. Mit der grundsätzlichen Unterstellung der forstlichen Ausbildung unter dieses Gesetz, ist dessen Artikel 1 Absatz 3 anzupassen.

Ferner soll auch die Gelegenheit benützt werden, um Artikel 21 des Eisenbahngesetzes (SR 742.101) anzupassen. Die Bahnen sehen sich zunehmend behindert durch Einzelbäume in schlechtem Zustand, die das Bahntrasse bedrohen. Das Eisenbahngesetz kennt bisher keine Bestimmung, die es erlauben würde zu verlangen, dass solche Einzelbäume beseitigt werden. Dem soll nun durch eine entsprechende Ergänzung von Artikel 21 des Eisenbahngesetzes abgeholfen werden, *ohne* damit eine Kausalhaftung des Eigentümers einzuführen. Entsprechend tragen die Bahnen auch die Kosten für die Beseitigung solcher Bäume, soweit sie nicht nachweisen, dass sich der verantwortliche Dritte schuldhaft verhalten hat.

Art. 56 Übergangsbestimmungen

Herauszuheben ist (Abs. 2), dass alle alten unbefristeten Rodungsbewilligungen zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dahinfallen sollen. Seit der Revision der Verordnung zum Forstpolizeigesetz vom 25. August 1971 sind alle Rodungsbewilligungen zu befristen (Art. 27^{bis} FPolV). In begründeten Fällen und wenn die Rodungsvoraussetzungen noch erfüllt sind, kann eine zusätzliche Frist gewährt werden. Die Gesuche sind rechtzeitig und begründet einzureichen.

3 Auswirkungen
31 Finanzielle und personelle Auswirkungen
311 Bund

Obschon es sich beim Waldgesetz um ein Rahmengesetz handelt, das den Kantonen in weiten Teilen den Vollzug der Bestimmungen überlässt, ist der Aufgabenbereich gegenüber dem geltenden Forstpolizeigesetz weiter gefasst. Vorwiegend in den Bereichen Walderhaltung und Schutzaufgaben sowie Ausbildung, Beratung und Grundlagenbeschaffung sind sowohl personell als auch finanziell zusätzliche Mittel bereitzustellen. Erste Konsequenzen zur Bewältigung der neuen Aufgaben wurden mit der Schaffung der neuen Projektkategorie «Waldbauliche Wiederinstandstellung» und dem neuen Bundesbeschluss über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung (BO vom 25. Nov. 1987, BBl 1988 I 289) gezogen. Einschliesslich der vier dort angeforderten Stellen werden zum Vollzug des Waldgesetzes insgesamt etwa zehn Stellen benötigt.

Die zusätzlichen Ausgaben, die das neue Gesetz nach sich ziehen wird, sind einerseits Folge der darin vorgesehenen neuen Massnahmen, andererseits der Anhebung der maximalen Subventionssätze. Allerdings wird die Bundeshilfe nicht einfach generell ausgedehnt, vielmehr sollen die Subventionssätze für die einzelnen Massnahmen in einer Verordnung abgestuft werden.

Die Erhöhung der Bundeshilfe wird begleitet von einer Mitfinanzierung über Treibstoffzollgelder nach dem Verursacherprinzip. Der Gesetzesentwurf berücksichtigt diesbezüglich eine Forderung, die in den parlamentarischen Beratungen zum Wald und zur Verwendung der Treibstoffzollgelder formuliert wurde. Auf diese Weise hat die Erhöhung der Subventionen nicht nur eine Verminderung der zulasten der Kantone, Gemeinden und Dritter verbleibenden Kosten zur Folge, sie wird auch den Anteil der Gesamtausgaben, die nach dem Verursacherprinzip finanziert werden, erhöhen.

Gegenüber den Ausgaben für Massnahmen gemäss der geltenden Forstpolizeigesetzgebung, dem Bundesratsbeschluss vom 26. November 1986 betreffend SANASILVA 1989–1991, und dem Bundesbeschluss über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung (BO vom 25. Nov. 1987, BBl 1988 I 289) ergeben sich nach dem vorliegenden Entwurf zu einem Waldgesetz Mehraufwendungen von insgesamt 125,0 Millionen Franken in den Bereichen:

- Schutz vor Naturereignissen (+40 Mio. Fr.),
- Nutzungs- und Pflegebeiträge (+60 Mio. Fr.);
- Verstärkung der Förderung der Bewirtschaftungsbedingungen der Waldbesitzer (+12 Mio. Fr.);
- Förderung der Forschung und Entwicklung sowie der forstlichen Ausbildung; Durchführung von Erhebungen (+3 Mio. Fr.);
- Investitions- und Baukredite (+10 Mio. Fr.).

Im Legislaturfinanzplan vom 18. Januar 1988 ging man davon aus, dass das neue Gesetz noch in der laufenden Legislaturperiode in Kraft gesetzt werden könnte. Die oben erwähnten Mehrausgaben sind deshalb grösstenteils im Finanzplan berücksichtigt. Hinzu kommen noch Mehrleistungen in den Bereichen «Förderung der Bewirtschaftungsbedingungen» und «Förderung der Forschung».

Diese Zahlen sind mit einem gewissen Unsicherheitsfaktor behaftet, da eine verbindliche Quantifizierung aufgrund der unsicheren Zukunft der Wald- und Holzwirtschaft schwierig ist.

312 Kantone und Gemeinden

Gemäss Artikel 50 des Entwurfes ist der Vollzug des Gesetzes Sache der Kantone. Die zusätzliche Belastung durch den Vollzug des neuen Waldgesetzes wird bei den Kantonen und Gemeinden unterschiedlich hoch sein, da der bestehende Aufbau des territorialen Forstdienstes in den Kantonen und Gemeinden unterschiedlich ist. Die erweiterte Kompetenzdelegation des Bundes an die Kantone im forstpolizeilichen Bereich, im Bereich der Förderungsmassnahmen sowie des Forstschatzes und der Ausbildung wird jedoch von den Kantonen nur mit einer Aufstockung ihres Personals zu bewältigen sein. Eine Quantifizierung ist wegen der unterschiedlichen Organisationsstrukturen nicht möglich.

Analog zu den Mehraufwendungen des Bundes ist auch bei den Kantonen mit einem finanziellen Mehrbedarf zu rechnen. Für die Bereiche Schutz vor Naturereignissen, Nutzungs- und Pflegebeiträge, Förderung der Infrastruktur der Waldbesitzer, Forstschatz und Ausbildung beträgt der Mehrbedarf für die Gesamtheit der Kantone pro Jahr mindestens 100 Millionen Franken.

32 Auswirkungen auf Landschaft und Umwelt

Das Waldgesetz dient durch seine Zielsetzung auch der Erhaltung des Waldes als naturnahe Lebensgemeinschaft. Als wichtiges, die Landschaft prägendes Element soll der Wald nicht nur in seiner Gesamtheit, sondern insbesondere auch in seiner räumlichen Verteilung erhalten werden. Darüber hinaus strebt der Entwurf eine minimale, umsichtige und naturnahe Bewirtschaftung des Waldes an, der in seinem ökologischen und biologischen Bestand weitgehend erhalten bleiben soll. Dies wird am besten durch die Erhaltung bzw. Schaffung dauernd stufiger, naturnaher Bestände gewährleistet.

Weiter sieht der Gesetzesentwurf vor, dass der Wildbestand so zu regeln sei, dass eine standortgerechte Naturverjüngung ermöglicht wird. Er erlaubt, naturkundlich besonders wertvolle Waldpartien bzw. Einzelelemente auszuscheiden und von der Bewirtschaftung auszunehmen bzw. einer zielgerechten spezifischen Bewirtschaftung zu unterziehen.

Bei der Erschliessung namentlich mit lastwagenfahrbaren Waldstrassen ist, wo sie mit den Belangen des Natur- und insbesondere des Arten und Biotopschutzes in Konflikt zu geraten droht, Zurückhaltung angebracht. Technische Schutzvorkehrungen sind auf zwingende Fälle zum Schutze von Menschenleben und erheblichen Sachwerten zu beschränken.

Im übrigen wird im Kommentar zu den einzelnen Bestimmungen auf die Auswirkungen auf Landschaft und Umwelt hingewiesen.

4 Legislaturplanung 1987–1991

Die Vorlage ist im Bericht über die Legislaturplanung 1987–1991 angekündigt (BBl 1988 I 395, Ziff. 2.22).

5 Verhältnis zum europäischen Recht

Die Zuständigkeit für die Forstpolitik wurde bis heute nicht auf die EG übertragen. Sie wird von den einzelnen Ländern bestimmt und umgesetzt. Mit dem forstwirtschaftlichen Memorandum von 1986 hat die Europäische Gemeinschaft ein erstes forstpolitisches Dokument zur Diskussion gebracht. Indirekt nimmt die EG indessen immer stärker Einfluss auf die Forstwirtschaft, so insbesondere durch

- das Holzforschungsprogramm,
- die Aufforstungspolitik betreffend Agrarflächen zur Nutzung von Brachland und zur Reduktion der landwirtschaftlichen Produktion,
- forstpolitische Arbeitsgruppen und Symposien.

Im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Marktes 1992 sind folgende Bereiche der Forstwirtschaft an eventuell bestehende europäische Normen anzupassen:

- phytosanitäre Bestimmungen an der Grenze,
- Kontrolle der Ein- und Ausfuhr von forstlichem Vermehrungsgut.

Für den Holzmarkt und Holzhandel gelten seit 1972 die Bestimmungen des Freihandelsvertrages mit der EG. Dabei darf die Ein- und Ausfuhr von Holz nicht durch Massnahmen an der Grenze eingeschränkt werden. Um im Notfall, das heisst bei Waldkatastrophen die Anrufung der Schutzklausel in diesem Vertrag zu ermöglichen, wird in Artikel 22 des Entwurfes eine entsprechende gesetzliche Norm geschaffen.

Eine weitgehende Öffnung des EG-Marktes ohne die entsprechende Gleichstellung der schweizerischen Unternehmer bezüglich Transport-, Währungs- und Gewichtsbedingungen würde die schweizerische Wald- und Holzwirtschaft schwer benachteiligen. Die Wettbewerbsfähigkeit müsste durch geeignete Massnahmen gefördert werden. Auf der anderen Seite stellt der durch die Internationalisierung steigende Verkehr und die damit verbundene Belastung der Luft eine akute Bedrohung unserer Wälder dar.

6 Verfassungsmässigkeit

Das Gesetz stützt sich in erster Linie auf Artikel 24 BV, der den Bund dazu verpflichtet, die für die Erhaltung des Waldes notwendigen Bestimmungen zu erlassen. Die allgemeine Fassung dieses Auftrages deckt sowohl quantitative wie qualitative Massnahmen ab und bildet auch die Grundlage für ihre finanzielle Förderung.

Das Gesetz berücksichtigt ferner die Artikel 24^{sexies} und 24^{septies} BV, die die Aufgaben des Bundes in bezug auf den Natur- und Heimatschutz sowie den Umweltschutz präzisieren. Es enthält keine über diese verfassungsmässigen

Schranken hinausgehenden Eingriffe in die Eigentumsgarantie. Ebenso stellen die vorgesehenen finanziellen Förderungsmassnahmen keinen Eingriff in den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit dar, sind sie doch durch die Zielsetzung der Walderhaltung motiviert und auch in ihrem Umfang von daher begrenzt.

Artikel 31^{bis} BV weist einerseits den Weg für die Ausgestaltung der Förderungsmassnahmen, dient aber andererseits als Verfassungsgrundlage für die vorgesehenen vorsorglichen Massnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung.

Schliesslich steht auch die Regelung der Ausbildung des Forstpersonals, auf die grundsätzlich das Berufsbildungsgesetz (BBG; SR 412.10) angewendet werden soll, nicht in Widerspruch zu Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstabe g BV. Die wachsende Zahl der nicht in einem öffentlich-rechtlichen Verhältnis tätigen forstlichen Berufsleute rechtfertigt die Anwendung des Berufsbildungsgesetz auf diesen Berufszweig. Indem die Berufsabschlüsse vom BIGA anerkannt werden, beinhaltet diese Ausdehnung des Geltungsbereichs des BBG gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag an die Attraktivität der Forstberufe.

Übersicht über die wichtigsten Bestimmungen im geltenden (FPolG) und im neuen Recht (WaG)

Bereich	FPolG	Waldgesetz (WaG)
<i>Begriff des Waldes</i>	Auf Verordnungsstufe geregelt (<i>Art. 1</i>) Waldbegriff dynamisch	<i>Art. 2</i> Im Grundsatz: dynamisch; im Bereich von Bauzonen Festlegung von Waldrand- linien
<i>Walderhaltungsgebot</i>	<i>Art. 31</i>	<i>Art. 3</i>
<i>Waldkategorien</i>	<i>Art. 2–4</i> , Unterscheidung zwischen: Öffentlich/Privat, Schutz-/Nichtschutzwald	Keine Unterscheidung mehr zwischen den Waldkatego- rien, ausser bei Veräusserung von öffentlichem Wald (<i>Art. 28</i>)
<i>Rodungen und Ersatzpflicht</i>	Gesetz: <i>Art. 31</i> Verordnung: <i>Art. 25, 25^{bis}, 25^{ter}, 26, 26^{bis}, 27, 27^{bis}</i> Strikte Ersatzaufforstungs- pflicht Rodungskompetenz der Kan- tone: bis 3000 m ²	<i>Art. 5, 6, 7, 8</i> Im Grundsatz bleibt die Er- satzpflicht in der gleichen Gegend Lockerung der Ersatzpflicht durch Ausnahmen bezüglich: – gleicher Gegend – Leistung von Realersatz Rodungskompetenz der Kan- tone: bis 5000 m ²
<i>Mehrwertabschöpfung</i>	Keine Bestimmungen	<i>Art. 9</i>
<i>Waldfeststellung</i>	Keine Bestimmungen	<i>Art. 10</i>
<i>Wald und Raumplanung</i>	Keine Bestimmungen	<i>Art. 11, 12 und 13</i> Abgrenzung von Wald im Bereich von Bauzonen auf Nutzungsplänen
<i>Betreten und Befahren des Waldes</i>	Verordnung (<i>Art. 3</i>) Hinweis auf <i>Art. 699 ZGB</i>	<i>Art. 14 und 15</i> Restriktivere Regelung des Motorfahrzeugverkehrs so- wie von Veranstaltungen im Wald
<i>Nachteilige Nutzung und Waldabstand</i>	Gesetz <i>Art. 21–24</i> Verordnung: <i>Art. 18, 18^{bis}, 19 und 29</i>	<i>Art. 16 und 17</i> Die Kantone werden beauf- tragt den Abstand von Bau- ten und Anlagen vom Wald- rand zu regeln

Bereich	FPoLG	Waldgesetz (WaG)
<i>Schutz vor Naturereignissen</i>	<i>Art. 36</i> beschränkt auf den Schutzwald	<i>Art. 19</i> wesentliche Ausweitung gegenüber FPoLG
<i>Forstschutz</i>	<i>Art. 32^{bis}, 39 und 39^{bis}</i> Bundesratsbeschluss betreffend den forstlichen Pflanzenschutz (SR 921.541) und dazugehörige Verfügung EDI (SR 921.541.1) Bundesratsbeschluss betreffend Herkunft und Verwendung von forstlichem Saatgut und Forstpflanzen (SR 921.552) und dazugehörige Verfügung EDI (SR 921.552.1) Verordnung über die Bekämpfung des Kastanienrindenkrebses (SR 921.542)	<i>Art. 18, 20–22 und 27</i> Für die Verwendung von umweltgefährdenden Stoffen im Wald wird auf die Umweltschutzgesetzgebung verwiesen Forstliches Vermehrungsgut (<i>Art. 27</i>)
<i>Wildbestand</i>	Gesetz: <i>Art. 37^{ter}</i> Verordnung: <i>Art. 20</i>	<i>Art. 21 Abs. 2</i>
<i>Bewirtschaftung des Waldes</i>	<i>Art. 18–20, 29 und 32</i> Einrichtungspflicht nur im öffentlichen Wald. Kahlschläge nur im Schutzwald untersagt. Bei der Wiederbestockung von Blössen Frist von drei Jahren	<i>Art. 23–26</i> Pflicht zur minimalen Pflege nur dort, wo die Schutzfunktion es erfordert. Möglichkeit der Bildung von Waldreservaten. Kahlschlagverbot. Keine Frist für Wiederbestockung von Blössen; Förderung der Naturverjüngung
<i>Teilung und Veräusserung</i>	<i>Art. 26^{ter}, 33, 34 und 35</i> Bewilligungspflicht für Teilung und Veräusserung nur im öffentlichen Wald. Im Privatwald nur Teilung von zusammen gelegten Parzellen bewilligungspflichtig	<i>Art. 28</i> Teilung von Wald ganz allgemein und Veräusserung von öffentlichem Wald sind bewilligungspflichtig
<i>Ausbildung</i>	<i>Art. 9, 10, 12</i> Verordnung über die Wählbarkeit höherer Forstbeamter Weitgehend auf Verordnungsstufe geregelt (<i>Art. 6 ff.</i>)	<i>Art. 29 und 30</i> Neu wird das Bundesgesetz über die Berufsbildung für die nichtakademische Forstausbildung als anwendbar erklärt. Weitergehende Förderungsmassnahmen im Bereich der Aus-, Weiter- und Fortbildung
<i>Forschung und Entwicklung</i>	Keine Bestimmungen	<i>Art. 31</i>

Bereich	FPolG	Waldgesetz (WaG)
<i>Förderung von Verei- nungen, Erhebungen und Information</i>	Forststatistik in der Verord- nung (Art. 29) in der Verfü- gung des EDI (SR 921.211) geregelt	Art. 32–34 Diese drei Artikel sind grundsätzlich neu und bieten eine Rechtsgrundlage für das LFI, Sanasilva, Impulspro- gramm Holz, die Forststati- stik, die Information der Öff- entlichkeit und die Unter- stützung von Vereinigungen
<i>Förderungsmass- nahmen und deren Finanzierung</i>	Art. 26, 26 ^{bis} , 28, 37, 37 ^{bis} , 41, 42, 42 ^{bis} , 42 ^{ter} , 43, 44 Bundesbeschluss über die Be- teiligung des Bundes an der Wiederherstellung der vom Kastanienrindenkrebs befallenen Wälder Bundesbeschluss vom 4. Mai 1984 über ausserordentliche Massnahmen gegen Wald- schäden Waldbauliche Wiederinstand- stellung gemäss Projektvor- schriften vom 18. April 1978	Art. 35–39 Unterscheidung zwischen Fi- nanzhilfen und Abgeltung. Übernahme der bewährten, bisherigen Förderungsmass- nahmen und Ausweitung im Bereich Bewirtschaftung des Waldes Der Bundesbeschluss wird ins ordentliche Recht über- führt Wird ins ordentliche Recht überführt
<i>Investitionskredite</i>	Bundesgesetz über Investi- tionskredite für die Forst- wirtschaft im Berggebiet (SR 921.91)	Art. 40 Nicht mehr beschränkt auf das Berggebiet. IK als Bau- kredite. IK an Forstunter- nehmer
<i>Bereitstellung der Mittel</i>	Keine Bestimmungen	Art. 41
<i>Strafbestimmungen</i>	Art. 46–48 Übertretungsstrafen mit ge- ringen Bussen	Art. 42–45 Das Maximum der Geldstra- fen ist wesentlich erhöht worden
<i>Verfahren</i>	Keine Bestimmungen	Art. 46 und 47 Das Beschwerderecht wird präzisiert und die Behörden- beschwerde eingeführt
<i>Enteignung</i>	Art. 21, 22, 25, 38 und 45	Art. 48
<i>Forstorganisation</i>	Art. 5–7, sonst weitgehend in der Verordnung geregelt (Art. 4 und 5)	Art. 51 Die bisherige Regelung wird beibehalten
<i>Vollzug</i>	Art. 49 und 50 sowie Verfü- gung des EDI (SR 921.211)	Art. 49, 50, 52 und 53
<i>Schlussbestimmungen</i>	Art. 51 und 52	Art. 54–57

Bundesgesetz über Walderhaltung und Schutz vor Naturereignissen (Waldgesetz, WaG)

Entwurf

vom

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 24, 24^{sexies}, 24^{septies} und 31^{bis} der Bundesverfassung,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 29. Juni 1988¹⁾,
beschliesst:*

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz soll:

- a. den Wald in seiner Fläche und in seiner räumlichen Verteilung erhalten;
- b. den Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft schützen;
- c. dafür sorgen, dass der Wald seine Funktionen, namentlich seine Schutz-, Wohlfahrts- und Nutzfunktion (Waldfunktionen) erfüllen kann;
- d. die Waldwirtschaft fördern und erhalten.

² Es soll ausserdem dazu beitragen, dass Menschenleben und erhebliche Sachwerte vor Lawinen, Rutschungen, Erosion und Steinschlag (Naturereignisse) geschützt werden.

Art. 2 Begriff des Waldes

¹ Als Wald gilt jede Fläche, die mit Waldbäumen oder Waldsträuchern bestockt ist und Waldfunktionen erfüllen kann. Entstehung, Nutzungsart und Bezeichnung im Grundbuch sind nicht massgebend.

² Als Wald gelten auch:

- a. Weidwälder, bestockte Weiden (Wytweiden) und Selven;
- b. unbestockte oder ertragslose Flächen eines Waldgrundstückes, wie Blößen, Waldstrassen und andere forstliche Bauten und Anlagen;
- c. Grundstücke, für die eine Aufforstungspflicht besteht.

³ Nicht als Wald gelten isolierte Baum- und Strauchgruppen, Hecken, Alleen, Garten-, Grün- und Parkanlagen, Baumkulturen, die auf offenem Land zur kurzfristigen Nutzung angelegt worden sind, sowie Bäume und Sträucher auf Einrichtungen zur Stauhaltung und im unmittelbaren Vorgelände.

¹⁾ BBl 1988 III 173

⁴ Die Kantone können bestimmen, ab welcher Breite, welcher Fläche und welchem Alter eine einwachsende Fläche sowie ab welcher Breite und welcher Fläche eine andere Bestockung als Wald gilt; der Bundesrat bestimmt den Rahmen der Mindestkriterien. Erfüllt die Bestockung in besonderem Masse Wohlfahrts- oder Schutzfunktionen, so sind die Mindestkriterien nicht massgebend.

Art. 3 Erhaltung des Waldes

Die Waldfläche soll nicht vermindert werden.

Art. 4 Ausnahmen für die Gesamtverteidigung

Soweit die Gesamtverteidigung es erfordert, regelt der Bundesrat durch Verordnung die Ausnahmen von Bestimmungen dieses Gesetzes.

2. Kapitel: Schutz des Waldes vor Eingriffen

1. Abschnitt: Rodung und Waldfeststellung

Art. 5 Begriff der Rodung

Als Rodung gilt die dauernde oder vorübergehende Zweckentfremdung von Waldboden.

Art. 6 Rodungsverbot und Ausnahmebewilligungen

¹ Rodungen sind verboten. Eine Ausnahmebewilligung darf erteilt werden, wenn der Gesuchsteller nachweist, dass für die Rodung wichtige Gründe bestehen, die das Interesse an der Walderhaltung überwiegen und zudem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. das Werk, für das gerodet werden soll, muss auf den vorgesehenen Standort angewiesen sein;
- b. das Werk muss die Voraussetzungen der Raumplanung sachlich erfüllen;
- c. die Rodung darf zu keiner erheblichen Gefährdung der Umwelt führen.

² Nicht als wichtige Gründe gelten finanzielle Interessen, wie die möglichst einträgliche Nutzung des Bodens oder die billige Beschaffung von Land für nicht-forstliche Zwecke.

³ Dem Natur- und Heimatschutz ist Rechnung zu tragen.

⁴ Rodungsbewilligungen sind zu befristen.

Art. 7 Zuständigkeit

¹ Ausnahmebewilligungen erteilen:

- a. die Kantone für Rodungen bis und mit 5000 m²;
- b. der Bund für Rodungen von mehr als 5000 m².

² Werden für das gleiche Werk mehrere Rodungsgesuche gestellt, so sind zur Ermittlung der Zuständigkeit alle Rodungsflächen zusammenzuzählen.

³ Liegt der zu rodende Wald in mehreren Kantonen, so erteilt der Bund die Ausnahmegewilligung.

Art. 8 Rodungersatz

¹ Für jede Rodung ist in derselben Gegend Realersatz zu leisten.

² Ausnahmsweise kann zur Schonung landwirtschaftlicher Vorrangflächen sowie ökologisch oder landschaftlich wertvoller Gebiete der Realersatz in einer anderen Gegend geleistet werden.

³ Anstelle von Realersatz können in Ausnahmefällen:

- a. Massnahmen zugunsten von Natur- und Landschaftsschutz getroffen werden;
- b. Ersatzleistungen in Geld zugunsten von Walderhaltungsmassnahmen erbracht werden.

⁴ Muss im Hochwasserprofil von Gewässern zur Wiederherstellung der Sicherheit neu entstandener Wald gerodet werden, kann auf die Leistung von Realersatz verzichtet werden.

Art. 9 Mehrwertabschöpfung

Die Kantone sorgen dafür, dass durch Rodungsbewilligungen geschaffene Mehrwerte abgeschöpft werden. Die abgeschöpften Beträge sind für Walderhaltungsmassnahmen zu verwenden.

Art. 10 Waldfeststellung

¹ Wer ein schutzwürdiges Interesse nachweist, kann vom Kanton feststellen lassen, ob eine Fläche Wald ist.

² Steht ein Begehren um Waldfeststellung in Zusammenhang mit einem Rodungsgesuch, richtet sich die Zuständigkeit nach Artikel 7.

2. Abschnitt: Wald und Raumplanung

Art. 11 Rodung und Baubewilligung

Die Rodungsbewilligung befreit nicht von der Einholung der Bewilligung nach den Artikeln 22 und 24 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1979¹⁾ über die Raumplanung (RPG).

¹⁾ SR 700

Art. 12 Einbezug von Wald in Richtpläne und Nutzungspläne

¹ Besteht nach umfassender Abwägung ein grosses öffentliches Interesse daran, Wald künftig in eine Nutzungszone nach den Artikeln 14–18 des Bundesgesetzes vom 22. Juni 1979¹⁾ über die Raumplanung (RPG) einzubeziehen, so weisen die Kantone dies in ihren Richtplänen aus.

² Die Zuweisung solcher Gebiete zu einer Nutzungszone bedarf einer Rodungsbewilligung.

Art. 13 Abgrenzung von Wald und Bauzonen

¹ Die Kantone können in den Nutzungsplänen den Wald verbindlich von den Bauzonen abgrenzen. Die Waldgrenze wird von den kantonalen Forstbehörden festgelegt.

² Sie überprüfen die Abgrenzung spätestens nach 15 Jahren und passen sie wenn nötig an. Über die Zuordnung eingewachsener Flächen entscheiden die kantonale Forstbehörde und die zur Genehmigung des Nutzungsplanes zuständige Behörde (Art. 26 RPG¹⁾) einvernehmlich aufgrund einer umfassenden Interessenabwägung. Die Kantone regeln das Verfahren.

3. Abschnitt: Betreten und Befahren des Waldes

Art. 14 Zugänglichkeit

¹ Die Kantone sorgen dafür, dass der Wald der Allgemeinheit zugänglich ist.

² Wo es die Erhaltung des Waldes oder andere öffentliche Interessen erfordern, haben die Kantone:

- a. für bestimmte Waldgebiete die Zugänglichkeit einzuschränken;
- b. Veranstaltungen im Wald einer Bewilligung zu unterstellen.

Art. 15 Motorfahrzeugverkehr

¹ Wald und Waldstrassen dürfen mit Motorfahrzeugen nur zu forstlichen Zwecken befahren werden; der Bundesrat regelt die Ausnahmen für militärische und andere öffentliche Aufgaben.

² Die Kantone können zulassen, dass Waldstrassen zu weiteren Zwecken befahren werden dürfen, wenn nicht die Walderhaltung oder andere öffentliche Interessen dagegen sprechen.

³ Die Kantone sorgen für die entsprechende Signalisation.

¹⁾ SR 700

4. Abschnitt: Schutz vor anderen Beeinträchtigungen

Art. 16 Nachteilige Nutzungen

¹ Nutzungen, welche keine Rodung im Sinne von Artikel 5 darstellen, jedoch die Funktionen oder die Bewirtschaftung des Waldes gefährden oder beeinträchtigen, sind unzulässig. Rechte an solchen Nutzungen sind abzulösen, wenn nötig durch Enteignung. Die Kantone erlassen die erforderlichen Bestimmungen.

² Aus wichtigen Gründen können die Kantone solche Nutzungen unter Auflagen und Bedingungen bewilligen.

Art. 17 Waldabstand

¹ Bauten und Anlagen in Waldesnähe sind nur zulässig, wenn sie die Erhaltung, Pflege und Nutzung des Waldes nicht beeinträchtigen.

² Die Kantone schreiben einen angemessenen Abstand der Bauten und Anlagen vom Waldrand vor. Sie berücksichtigen dabei die Lage und die zu erwartende Höhe des Bestandes.

Art. 18 Umweltgefährdende Stoffe

Im Wald dürfen keine umweltgefährdenden Stoffe verwendet werden. Die Umweltschutzgesetzgebung regelt die Ausnahmen.

3. Kapitel: Schutz vor Naturereignissen

Art. 19

Wo es der Schutz von Menschenleben oder erheblichen Sachwerten erfordert, sichern die Kantone die Anrissgebiete von Lawinen sowie Rutsch-, Erosions- und Steinschlaggebiete und sorgen für den forstlichen Bachverbau.

4. Kapitel: Pflege und Nutzung des Waldes

1. Abschnitt: Verhütung und Behebung von Waldschäden

Art. 20 Massnahmen des Bundes

¹ Der Bundesrat erlässt Vorschriften über forstliche Massnahmen:

- a. zur Verhütung und Behebung von Waldschäden;
- b. zur Behebung der Folgen von Waldkatastrophen.

² Er erlässt Vorschriften über Massnahmen gegen Krankheiten und Schädlinge an Pflanzen ausserhalb des Waldes, welche diesen landesweit bedrohen können.

³ Er errichtet in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den interessierten Kreisen einen forstlichen Pflanzenschutzdienst.

Art. 21 Massnahmen der Kantone

¹ Die Kantone ergreifen die forstlichen Massnahmen gegen die Ursachen und Folgen von Schäden, welche die Erhaltung des Waldes gefährden können.

² Sie regeln den Wildbestand so, dass die Erhaltung des Waldes, insbesondere seine natürliche Verjüngung mit standortgerechten Baumarten, ohne Schutzmassnahmen gesichert ist. Wo dies nicht möglich ist, treffen sie Massnahmen zur Verhütung von Wildschäden.

Art. 22 Ausserordentliche Vorkehren bei Waldkatastrophen

Bei Waldkatastrophen kann die Bundesversammlung mit allgemeinverbindlichem, nicht referendumpflichtigem Bundesbeschluss Massnahmen ergreifen, die insbesondere der Erhaltung der Wald- und Holzwirtschaft dienen.

2. Abschnitt: Bewirtschaftung des Waldes

Art. 23 Bewirtschaftungsgrundsätze

¹ Der Wald ist so zu erhalten, dass er seine Funktionen dauernd und uneingeschränkt erfüllen kann (Nachhaltigkeit).

² Die Kantone erlassen die erforderlichen Planungs- und Bewirtschaftungsvorschriften. Sie tragen dabei den Erfordernissen des naturnahen Waldbaues sowie dem Natur- und Heimatschutz Rechnung.

³ Lässt es die Walderhaltung zu, so kann namentlich aus ökologischen und landschaftlichen Gründen auf die Bewirtschaftung des Waldes verzichtet werden.

⁴ Die Kantone können nach Anhören der Waldeigentümer Waldreservate ausscheiden.

⁵ Wo es die Schutzfunktion erfordert, stellen die Kantone eine minimale Pflege sicher.

Art. 24 Holznutzung

Wer im Wald Bäume fällen will, braucht eine Bewilligung des Forstdienstes. Die Kantone können Ausnahmen vorsehen.

Art. 25 Kahlschlagverbot

¹ Kahlschläge und Formen der Holznutzung, die in ihren Auswirkungen Kahlschlägen nahekommen, sind verboten.

² Für besondere waldbauliche Massnahmen können die Kantone Ausnahmen bewilligen.

Art. 26 Wiederbestockung von Blössen

¹ Entstehen durch Eingriffe oder Naturereignisse Blössen, welche die Stabilität oder die Schutzfunktion eines Waldes gefährden, so ist sicherzustellen, dass sie wieder bestockt werden.

² Geschieht dies nicht durch natürliche Verjüngung, so müssen die Blössen mit standortgerechten Baum- und Straucharten ausgepflanzt werden.

Art. 27 Forstliches Vermehrungsgut

¹ Für forstliche Anpflanzungen dürfen nur Saatgut und Pflanzen verwendet werden, die gesund und standorttauglich sind.

² Der Bundesrat erlässt Vorschriften über Herkunft, Verwendung, Handel und Sicherung des forstlichen Vermehrungsgutes.

Art. 28 Veräusserung und Teilung

¹ Die Veräusserung von Wald im Eigentum von Gemeinden und Korporationen und die Teilung von Wald bedürfen einer kantonalen Bewilligung. Diese darf nur erteilt werden, wenn dadurch die Waldfunktionen nicht beeinträchtigt werden.

² Bedarf die Veräusserung oder die Teilung zugleich einer Bewilligung nach dem Bundesgesetz vom ...¹⁾ über das bürgerliche Bodenrecht, so sorgen die Kantone dafür, dass die Bewilligungsverfahren vereinigt und durch einen Gesamtentscheid abgeschlossen werden.

5. Kapitel: Förderungsmassnahmen

1. Abschnitt: Ausbildung, Beratung und Grundlagenbeschaffung

Art. 29 Ausbildungsaufgaben des Bundes

¹ Der Bund beaufsichtigt, koordiniert und fördert die forstliche Aus-, Weiter- und Fortbildung.

² Er sorgt für die Aus- und Weiterbildung der Forstingenieure an den Eidgenössischen Technischen Hochschulen sowie für ihre Fortbildung.

³ Er regelt die Wählbarkeit für ein höheres Amt im öffentlichen Forstdienst.

⁴ Für die Berufsbildung des Forstpersonals gilt die Gesetzgebung über die Berufsbildung. Vollzugsaufgaben, welche die Gesetzgebung über die Berufsbildung dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zuweist, nimmt das Eidgenössische Departement des Innern wahr. Der Bundesrat kann abweichende Bestimmungen erlassen.

¹⁾ AS ...

Art. 30 Ausbildungsaufgaben der Kantone

Die Kantone sorgen für die Ausbildung der Waldarbeiter und die Beratung der Waldeigentümer.

Art. 31 Forschung und Entwicklung

¹ Der Bund kann Arbeiten in Auftrag geben oder mit Finanzhilfen unterstützen zur:

- a. Erforschung des Waldes;
- b. Erforschung von Massnahmen zum Schutz des Waldes vor schädlichen Einwirkungen;
- c. Erforschung und Entwicklung von Massnahmen zum Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen;
- d. Erforschung und Entwicklung von Massnahmen zur Verbesserung des Holzabsatzes und der Holzverwertung.

² Er kann Forschungsstätten schaffen und unterhalten.

Art. 32 Förderung von Vereinigungen

Der Bund kann Vereinigungen von gesamtschweizerischer Bedeutung mit Aufgaben betrauen, die im Interesse der Walderhaltung liegen und ihnen dafür Finanzhilfen ausrichten.

Art. 33 Erhebungen

¹ Der Bund sorgt für periodische Erhebungen über die Standorte, die Funktionen und den Zustand des Waldes, über die Produktion und die Verwertung des Holzes sowie über die Strukturen und die wirtschaftliche Lage der Waldwirtschaft. Die Waldeigentümer sowie die verantwortlichen Organe von Betrieben der Wald- und Holzwirtschaft müssen, den Behörden die hiezu erforderlichen Auskünfte erteilen und nötigenfalls Abklärungen dulden.

² Personen, die mit der Durchführung oder der Auswertung von Erhebungen betraut sind, unterstehen dem Amtsgeheimnis.

Art. 34 Information

Bund und Kantone sorgen für die Information der Öffentlichkeit über die Bedeutung und den Zustand des Waldes sowie über die Wald- und Holzwirtschaft.

2. Abschnitt: Finanzierung

Art. 35 Grundsätze

¹ Der Bund fördert im Rahmen der bewilligten Kredite die Massnahmen zur Walderhaltung und zum Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwer-

ten vor Naturereignissen sowie die Ausbildung und die Grundlagenbeschaffung.

- ² Der Bund kann seine finanziellen Leistungen davon abhängig machen, dass:
- a. sich die Kantone entsprechend ihrer Finanzkraft an den Kosten beteiligen;
 - b. der Empfänger im Einzelfall eine Eigenleistung erbringt, die in einem angemessenen Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, den übrigen Finanzierungsmöglichkeiten und der ihm zumutbaren Selbsthilfe steht;
 - c. Dritte, insbesondere Nutzniesser und Schadenverursacher, zur Mitfinanzierung herangezogen werden;
 - d. die Massnahmen wirtschaftlich und fachkundig durchgeführt werden;
 - e. eine dauerhafte, für die Walderhaltung günstige Regelung von Konflikten getroffen wird.

³ Unrechtmässig bezogene finanzielle Leistungen sind zurückzuerstatten.

⁴ Der Bundesrat regelt die Kriterien für die Bemessung der finanziellen Leistungen sowie deren Rückerstattung.

Art. 36 Schutz vor Naturereignissen

Der Bund leistet Abgeltung bis zu 80 Prozent der Kosten an Massnahmen, die zum Schutz von Menschenleben und erheblichen Sachwerten vor Naturereignissen angeordnet werden, namentlich an die Kosten für:

- a. die Erstellung und Wiederinstandstellung von Schutzbauten und -anlagen;
- b. die Schaffung von Wald mit besonderer Schutzfunktion sowie die entsprechende Jungwaldpflege.

Art. 37 Verhütung und Behebung von Waldschäden

Der Bund leistet Abgeltung bis zu 60 Prozent der Kosten an Massnahmen, die zur Verhütung und Behebung von Waldschäden angeordnet werden, namentlich an die Kosten für:

- a. die Verhütung von ausserordentlichen Waldschäden durch Krankheiten, Schädlinge und Schadstoffe, welche die Erhaltung des Waldes gefährden;
- b. die Behebung von Waldschäden nach dem Buchstaben a und von Schäden, die durch Naturereignisse entstanden sind sowie die sich daraus ergebenden Zwangsnutzungen.

Art. 38 Bewirtschaftung des Waldes

¹ Der Bund leistet Abgeltung bis zu 80 Prozent der Kosten folgender Massnahmen:

- a. befristete, minimale Pflegemassnahmen, die zur Erhaltung der Schutzfunktion erforderlich sind und von den Behörden angeordnet werden;
- b. waldbauliche Massnahmen in verlichteten, instabilen und zerstörten Wäldern.

dern mit besonderer Schutzfunktion, deren Gesamtkosten nicht gedeckt sind, und die von den Behörden angeordnet werden.

² Er leistet Finanzhilfen bis zu 60 Prozent der Kosten von Bewirtschaftungsmassnahmen wie:

- a. die Erarbeitung forstlicher Planungsgrundlagen;
- b. befristete waldbauliche Massnahmen wie Pflege, Holznutzung und -bringung, deren Gesamtkosten nicht gedeckt sind;
- c. die Gewinnung von forstlichem Vermehrungsgut;
- d. die Erstellung oder Anschaffung sowie die Wiederinstandstellung von Erschliessungsanlagen, die für die Bewirtschaftung des Waldes erforderlich sind;
- e. Massnahmen zur Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen, insbesondere die Verbesserung der Eigentumsstruktur, die Schaffung von Bewirtschaftungsgemeinschaften und die Regelung des Weidgangs;
- f. befristete gemeinsame Massnahmen der Wald- und Holzwirtschaft für Werbung und Absatzförderung bei aussergewöhnlichem Holzanfall.

Art. 39 Förderung der Ausbildung

¹ Der Bund leistet an die Ausbildung des Forstpersonals Finanzhilfen nach den Artikeln 63 und 64 des Bundesgesetzes vom 19. April 1978¹⁾ über die Berufsbildung (BBG).

² Er übernimmt als Finanzhilfe bis zu 50 Prozent der berufsspezifischen Kosten für die ortsgebundene praktische Ausbildung des Forstpersonals, die Schaffung von Lehrmitteln für das Forstpersonal und dergleichen.

³ Er übernimmt ausserdem als Finanzhilfe bis zu 50 Prozent der Kosten für:

- a. die Förderung der Ausbildung der Waldarbeiter;
- b. die praktische Ausbildung von Forstingenieuren, welche das Wahlbarkeitszeugnis erwerben wollen.

Art. 40 Investitionskredite

¹ Der Bund kann unverzinsliche oder niedrig verzinsliche, rückzahlbare Darlehen gewähren:

- a. als Baukredit;
- b. zur Finanzierung der Restkosten von Massnahmen, die nach den Artikeln 36 und 38 Absätze 1 und 2 Buchstaben d und e subventionierbar sind;
- c. zur Anschaffung forstlicher Fahrzeuge, Maschinen und Geräte sowie zur Erstellung von forstbetrieblichen Anlagen.

² Die Darlehen werden befristet.

¹⁾ SR 412.10

³ Darlehen werden nur auf Antrag des Kantons gewährt. Kommt ein Schuldner seiner Rückzahlungspflicht nicht nach, so übernimmt der betreffende Kanton an seiner Stelle die Rückzahlung.

Art. 41 Bereitstellung der Mittel

¹ Die Bundesversammlung setzt jeweils mit dem Voranschlag den Höchstbetrag fest, bis zu dem im Voranschlagsjahr Zusicherungen von Geldleistungen nach den Artikeln 36 und 38 Absätze 1 und 2 Buchstaben d und e sowie Artikel 40 abgegeben werden dürfen.

² Sie bewilligt den Höchstbetrag der finanziellen Mittel, die für Massnahmen nach den Artikeln 37 und 38 Absatz 2 Buchstabe f eingesetzt werden können, jeweils mit einfachem Bundesbeschluss.

6. Kapitel: Strafbestimmungen

Art. 42 Vergehen

¹ Mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bis zu 100 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. ohne Berechtigung rodet;
- b. durch unwahre oder unvollständige Angaben oder in anderer Weise für sich oder einen anderen eine Leistung erwirkt, die ihm nicht zusteht;
- c. eine vorgeschriebene Schaffung von Wald unterlässt oder verhindert.

² Handelt der Täter fahrlässig, ist die Strafe Busse bis zu 40 000 Franken.

Art. 43 Übertretungen

¹ Mit Haft oder Busse bis zu 20 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich und ohne Berechtigung:

- a. forstliche Bauten und Anlagen zweckentfremdet;
- b. die Zugänglichkeit des Waldes einschränkt;
- c. Zugänglichkeitsbeschränkungen nach Artikel 14 missachtet;
- d. Wald oder Waldstrassen mit Motorfahrzeugen befährt;
- e. im Wald Bäume fällt;
- f. Abklärungen verhindert oder in Verletzung der Auskunftspflicht unwahre oder unvollständige Auskunft erteilt oder die Auskunft verweigert.

² Handelt der Täter fahrlässig, ist die Strafe Busse.

³ Der Bundesrat kann vorsätzlich oder fahrlässig begangene Widerhandlungen gegen seine Ausführungsbestimmungen mit Busse bis zu 20 000 Franken bedrohen.

⁴ Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

⁵ Die Kantone können Widerhandlungen gegen kantonales Recht als Übertretungen ahnden.

Art. 44 Vergehen und Übertretungen in Geschäftsbetrieben

Wird das Vergehen oder die Übertretung im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person, einer Personengesellschaft oder einer Einzelfirma oder im Betrieb einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts begangen, so gelten die Artikel 6 und 7 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht¹⁾.

Art. 45 Strafverfolgung

Die Strafverfolgung ist Sache der Kantone.

7. Kapitel: Verfahren und Vollzug

1. Abschnitt: Verfahren

Art. 46 Rechtspflege

¹ Das Beschwerdeverfahren gegen Verfügungen nach diesem Gesetz richtet sich nach dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren²⁾ und nach dem Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege³⁾.

² Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (Bundesamt) ist berechtigt, gegen Verfügungen der kantonalen Behörden in Anwendung dieses Gesetzes und seiner Ausführungserlasse, die Rechtsmittel des eidgenössischen und kantonalen Rechts zu ergreifen.

³ Das Beschwerderecht der Kantone, Gemeinden und Vereinigungen für Natur- und Heimatschutz richtet sich nach Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966⁴⁾ über den Natur- und Heimatschutz. Es umfasst auch Verfügungen, die gestützt auf die Artikel 6, 8, 9, 10, 12 Absatz 2, 13 und 17 Absatz 2 dieses Gesetzes erlassen werden.

Art. 47 Aufschiebende Wirkung von Beschwerden

Beschwerden gegen Verfügungen, die eine Beeinträchtigung des Waldes gestatten, haben aufschiebende Wirkung.

Art. 48 Enteignung

¹ Wenn Massnahmen zur Walderhaltung oder die Erstellung von Bauten und Anlagen zum Schutze vor Naturereignissen es erfordern, können die Kantone das benötigte Grundeigentum und allfällige Dienstbarkeiten durch Enteignung sicherstellen.

¹⁾ SR 313.0

²⁾ SR 172.021

³⁾ SR 173.110

⁴⁾ SR 451

² Sie können in ihren Ausführungsvorschriften das Bundesgesetz vom 20. Juni 1930¹⁾ über die Enteignung anwendbar erklären, wobei die Kantonsregierung über streitig gebliebene Einsprachen entscheidet. Erstreckt sich der Gegenstand der Enteignung auf das Gebiet mehrerer Kantone, ist das Bundesgesetz über die Enteignung anwendbar.

2. Abschnitt: Vollzug

Art. 49 Bund

¹ Der Bund wacht über den Vollzug dieses Gesetzes; er entscheidet über die Rodungsgesuche nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b und vollzieht die ihm durch das Gesetz direkt übertragenen Aufgaben.

² Der Bundesrat erlässt Ausführungsvorschriften.

Art. 50 Kantone

¹ Die Kantone vollziehen dieses Gesetz unter Vorbehalt von Artikel 49. Sie erlassen die hiezu notwendigen Vorschriften.

² Liegt ein rechtswidriger Zustand vor, so treffen die zuständigen kantonalen Behörden umgehend die nötigen Massnahmen für die Wiederherstellung der Rechtmässigkeit. Sie sind zur Erhebung von Kautionen und zur Ersatzvornahme befugt.

Art. 51 Forstorganisation

¹ Die Kantone sorgen für eine zweckmässige Organisation des Forstdienstes.

² Sie teilen ihre Gebiete in Forstkreise und Forstreviere ein und lassen die Forstkreise durch diplomierte Forstingenieure mit Wählbarkeitszeugnis und die Forstreviere durch diplomierte Förster betreuen.

Art. 52 Genehmigungsvorbehalt

Die kantonalen Ausführungsbestimmungen zu den Artikeln 16 Absatz 1, 17 Absatz 2 und 23 Absatz 2 bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundes.

Art. 53 Mitteilungspflichten

¹ Alle kantonalen Ausführungsbestimmungen müssen vor ihrer Inkraftsetzung dem Bundesamt mitgeteilt werden.

² Das Departement legt fest, welche kantonalen Verfügungen und Entscheide dem Bundesamt mitgeteilt werden müssen.

¹⁾ SR 711.0

8. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 54 Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

- a. das Bundesgesetz vom 11. Oktober 1902¹⁾ betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei;
- b. das Bundesgesetz vom 21. März 1969²⁾ über Investitionskredite für die Forstwirtschaft im Berggebiet;
- c. der Bundesbeschluss vom 21. Dezember 1956³⁾ über die Beteiligung des Bundes an der Wiederherstellung der vom Kastanienrindenkrebs befallenen Wälder;
- d. der Bundesbeschluss vom 23. Juni 1988⁴⁾ über ausserordentliche Massnahmen zur Walderhaltung.

Art. 55 Änderung bisherigen Rechts

¹⁾ Das Bundesgesetz vom 19. April 1978⁵⁾ über die Berufsbildung wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 3

³⁾ Die Grundausbildung und die Weiterbildung in den Berufen der Erziehung, der Krankenpflege und in den übrigen sozialen Berufen, der Wissenschaft, der Kunst sowie der Landwirtschaft fallen nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes.

²⁾ Das Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957⁶⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 21 Abs. 1 erster und letzter Satz und 2 letzter Satz (neu)

¹⁾ Wird die Sicherheit der Bahn durch Arbeiten, Anlagen, Bäume oder Unternehmungen Dritter beeinträchtigt, so ist auf Begehren der Bahnunternehmung Abhilfe zu schaffen. ... In Fällen grosser Dringlichkeit kann die Bahnunternehmung die zur Abwendung der Gefahr notwendigen Massnahmen selbst treffen.

²⁾ ... Die Kosten für Massnahmen nach Absatz 1 gegen Beeinträchtigungen durch Bäume trägt die Bahnunternehmung, sofern sie nicht nachweist, dass sich der verantwortliche Dritte schuldhaft verhalten hat.

¹⁾ BS 9 521; AS 1954 559, 1956 1215, 1965 321, 1969 500, 1971 1190, 1977 2249, 1984 517, 1985 660

²⁾ AS 1970 761

³⁾ AS 1957 317, 1977 2249

⁴⁾ AS ...

⁵⁾ SR 412.10

⁶⁾ SR 742.101

Art. 56 Übergangsbestimmungen

¹ Für die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes hängigen Verfahren gilt das neue Recht. Die nach dem alten Recht zuständige Behörde erledigt die hängigen Verfahren.

² Unbefristete Rodungsbewilligungen fallen zwei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dahin. Die zuständige Behörde kann auf Gesuch hin im Einzelfall eine zusätzliche Frist festlegen, sofern die Rodungsvoraussetzungen erfüllt sind. Das Gesuch ist vor Ablauf der Verfallfrist einzureichen. Die Anpassung von Verfügungen an das neue Recht bleibt vorbehalten.

Art. 57 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Botschaft zu einem Bundesgesetz über Walderhaltung und Schutz vor Naturereignissen (Waldgesetz, WaG) vom 29. Juni 1988

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	36
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	88.048
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.09.1988
Date	
Data	
Seite	173-238
Page	
Pagina	
Ref. No	10 050 827

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.